wirtschaft FAIRändern solidarisch leben

Behelf zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit
für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
Aktion Familienfasttag 2015 /2016

teilen spendet zukunft. aktion familienfasttag

Katholische Frauenbewegung

Wirtschaft FAIRändern – Solidarisch leben

Zum 58. Familienfasttag

Die Katholische Frauenbewegung greift im aktuellen Bildungsthema „Wirtschaft FAIRändern – Solidarisch leben“ eine besonders komplexe Facette der Schöpfungsverantwortung heraus. Wirtschaft betrifft uns alle. Niemand kann sich den Auswirkungen der verwobenen Wirtschaftsgeflechte entziehen, irgendwie sind wir alle davon betroffen, sei es als ArbeitnehmerIn, als UnternehmerIn, als BürgerIn eines Landes, als KonsumentIn, Kinder genauso wie Jugendliche und Erwachsene. Nicht nur der Raubbau an der Natur, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Ausrottung von Pflanzen- und Tierarten stellen uns vor Augen, dass wir an den Grenzen des Wirtschaftswachstums angekommen sind. In vielen Teilen der Erde sind die Menschen die Leidtragenden der global vernetzten Hochindustrialisierung. Sei es durch das gesundheitsgefährdende Recyceln von elektronischen Geräten, durch die Endlagerung von Sondermüll, durch Land-Grabbing (Aufkauf von landwirtschaftlichem Grund durch Großkonzerne), durch die Produktion von Konsumgütern in Billiglohnländern, durch das Vergiften von Trinkwasser und landwirtschaftlichem Grund beim Abbau von Bodenschätzen oder durch das Leerfischen der Meere durch riesige Treibnetze – an all diesen ausbeuterischen Wirtschaftsentwicklungen leiden Menschen in den benachteiligten Gebieten der Erde, sie zählen zu den VerliererInnen der vermeintlichen Wachstumszwänge. Und es sind meist die Frauen, die die negativen Folgen zuerst zu spüren bekommen.

Bildung ist ein entscheidender Faktor bei der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit und somit der Schlüssel für Entwicklung und eine gerechtere Welt. Das Thema Bildung hat seit Jahrzehnten einen besonderen Stellenwert innerhalb der kfb-Arbeit, sowohl in der österreichweiten (entwicklungspolitischen) Bildungsarbeit als auch im Rahmen der Projektarbeit der Aktion Familienfasttag. Das Modellprojekt zum Familienfasttag 2015, „FEM-Fundación entre Mujeres“, mit Sitz in Nicaragua trägt den Titel „Stärkung der Führungskapazitäten von Frauen im ländlichen Raum“. FEM setzte sich von Beginn an für die ökonomische Ermächtigung von Frauen ein, damit diese Zugang zu materiellen Ressourcen und Produktionsmitteln sowie die notwendigen Kenntnisse erhielten, um eine ökologische und autonome Landwirtschaft betreiben zu können.

© Litzlbauer

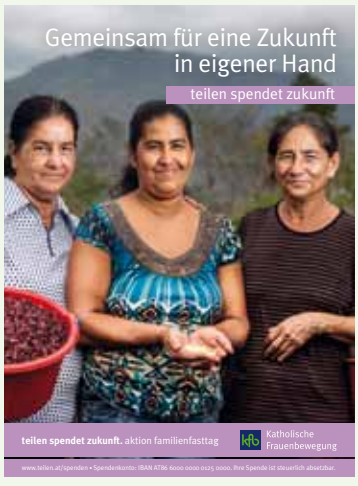
Veronika Pernsteiner

Wirtschaftswachstum unter allen Umständen muss nicht länger das „Um und Auf“ unserer Wirtschaftspolitik und Gesellschaft bleiben. Das entwicklungspolitische Bildungsthema wird die kfb über zwei Jahre hinweg in der Aktion Familienfasttag beschäftigen, um das gesammelte Wissen und die erarbeiteten Methoden weitgehend zu nutzen und zu vertiefen.

Ich wünsche Ihnen/Euch viel Energie und Phantasie im Engagement für eine solidarischere Gesellschaft. Der vorliegende Bildungsbehelf möge dazu beitragen. Danke für jede Aktivität, die eine Fair-Änderung bewirken kann!

Veronika Pernsteiner, M.A.
Stv. Vorsitzende der kfbö
Verantwortliche im Vorsitz-Team
für die Aktion Familienfasttag

Die Spenden für die Aktion Familienfasttag kommen ausgewählten und gut begleiteten Projekten zugute. Wenn Materialien der Aktion verwendet werden, bitten wir darum, die im Rahmen der Aktivitäten gesammelten Spenden der Aktion Familienfasttag zukommen zu lassen. (IBAN: AT86 60 000 0000 1250 000)



Inhalt

Wirtschaftliche Wachstumszwänge und soziale Ungleichheit 3
Frauen und Wirtschaft 8
„Grünes Wachstum“ als Lösung? 14
Wirtschaft FAIRändern – solidarisch leben 16
Projekt Nicaragua 22
Projekt Philippinen 26
Methoden für Jugendliche und Erwachsene 29
Methoden für Kinder 34
Literaturhinweise, Materialien und Links 35
Impressum 36

Weitere Materialien zur Aktion Familienfasttag 2015

- Bausteine zur Gestaltung von Gottesdiensten
- Familienfasttags-Magazin, Plakate, Flugzettel, Spendenwürfel ...

Wirtschaftliche Wachstumszwänge und soziale Ungleichheit

Wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlicher Wohlstand scheinen untrennbar verbunden. Sowohl die staatliche Politik wie auch die privaten Unternehmen haben sich das Wachstum der Wirtschaft als oberstes Ziel an ihre Fahnen geheftet. In den Medien werden täglich wachstumsfördernde Maßnahmen begrüßt oder Rezessionstendenzen der Wirtschaft beklagt. Stagniert die Wirtschaft, bricht Panik aus, Unternehmen gehen Pleite, Menschen verlieren ihre Arbeit und manchmal ihre Existenz. Es scheint, dass Wirtschaftswachstum mittlerweile zur Rechtfertigungsgrundlage jeglicher Politik geworden ist. Ob Frauenförderung, Infrastrukturmaßnahmen oder die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse – ein positiver Effekt auf die Wirtschaft erhöht die Legitimität der jeweiligen Maßnahme.

Damit es der Wirtschaft gut geht, muss sie also offensichtlich wachsen. Wenn sie nicht wächst, heißt das umgekehrt sogar, dass es ihr schlecht geht. Warum ist das so? Was sind die Ursachen dafür, dass sich moderne Volkswirtschaften nicht auf einem gleichbleibenden Niveau stabilisieren können, sondern zu ständiger Ausdehnung gezwungen scheinen, auch wenn mit dem Vorhandenen bereits alle Bedürfnisse abgedeckt werden könnten?

Die Hintergründe des Wachstumszwangs

Jedes Unternehmen braucht für seine Produktion Kapital, um die Kosten der nötigen Ressourcen, Maschinen und Arbeitskräfte zu decken. Die Produktion wird durch Investitionen vorfinanziert, damit das Unternehmen überhaupt seinen Betrieb aufnehmen kann. Die Firma muss für ihre Waren oder Dienstleistungen einen Überschuss erwirtschaften, weil sich die AnlegerInnen für ihre Investition einen Profit erwarten. Entspricht der Überschuss nicht den Erwartungen der InvestorInnen, wird eben in Zukunft anderswo investiert: der Firma droht die Schließung. Was wir als wirtschaftlich betrachten, hängt also davon ab, ob es zur Profitrealisierung beiträgt. Schuhe werden nicht produziert, weil Menschen Schuhe brauchen, sondern weil der Schuhverkauf Gewinn verspricht. Wenn aber die Nachfrage sinkt, kann der Betrieb die hohen Rendite-Erwartungen nicht mehr erfüllen und schließt mangels Rentabilität. Hier zeigt sich die Absurdität einer wachstumsorientierten Wirtschaftsweise: In einer Wachstumskrise könnten Menschen weiterhin alles produzieren, was sie zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse brauchen. Die Gebäude, die Maschinen, das benötigte Material, das Wissen um die Herstellung ist ja vorhanden. Doch die Investitionen bleiben aus, weil das Unternehmen nicht genug Umsatz macht. Die Beschäftigten werden arbeitslos und verursachen „soziale Kosten“. Weil die Steuereinnahmen zurückgehen, scheinen Einschnitte bei den öffentlichen Dienstleistungen „notwendig“. Der Sozialabbau zur Entlastung der staatlichen Ausgaben führt zur Rückverschiebung von Versorgungsaufgaben in die privaten Haushalte, wo sie meist von Frauen durch unbezahlte Mehrarbeit aufgefangen werden. Wirtschaftliche Krisen und die neoliberale Sparpolitik, die geschlechtsspezifische Auswirkungen der Kürzungen nicht berücksichtigt, treffen Frauen am stärksten.

PolitikerInnen verkünden in einer solchen Situation immer die gleiche Lösung: mehr Wachstum. Kostenminimierung durch Steigerung der Produktivität wird zur zentralen Herausforderung jeder Firma, um das eigene Überleben zu sichern. Durch höhere Produktivität können bei gleichem Einsatz von Arbeitskräften, Kapital und Ressourcen mehr Waren produziert oder mehr Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden. Das ist zum Beispiel möglich, wenn ein Unternehmen in größerer Stückzahl produziert, weil dann das einzelne Produkt billiger wird. Die Effizienzverbesserung senkt die Kosten und regt die Nachfrage wieder an, weil das Produkt aufgrund der Produktivitätssteigerung nun um einiges günstiger ist als früher und mehr davon verkauft werden kann.

Infobox: **Rendite**

Der Ertrag einer Geld- und Vermögensanlage als Verhältnis des jährlichen Ertrags bezogen auf den Kapitaleinsatz. Rendite kann sich beziehen auf den Zinsertrag einer Spareinlage, die laufende Verzinsung eines festverzinslichen Wertpapiers oder den Ertrag einer Aktienanlage. Bei den „Renditen“, die ein Unternehmen abwirft, handelt es sich also um den jährlichen prozentuellen Gewinn des eingesetzten Kapitals. Bei einer Investition von 5.000 Euro bedeutet eine Rendite von 10 %, dass mit 500 Euro Gewinn zu rechnen ist.
Lexikon der Wirtschaft: http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20478/rendite

Profit und Konkurrenz als Prinzipien des kapitalistischen Wirtschaftssystems treiben somit das Wachstum an: Die Unternehmen unterbieten sich gegenseitig in ihrer immer kostengünstigeren Produktionsweise, um InvestorInnen zu gewinnen, und schaffen dadurch Wirtschaftswachstum. Allerdings bedeutet die Steigerung der Arbeitsproduktivität auch, dass für die Herstellung eines bestimmten Produktes weniger Menschen benötigt werden als vorher. Solange die Wirtschaft schnell genug wächst, wird das durch neu entstehende Arbeitsplätze ausgeglichen. Problematisch wird es, wenn die Märkte gesättigt sind und der Absatz sinkt. Dann geraten die Wachstumsraten ins Stocken und es müssen entweder Beschäftigte abgebaut werden oder der Überkonsum muss gezielt gefördert werden.

Letzteres geschieht etwa, indem Produkte so hergestellt werden, dass sie möglichst schnell wieder veraltet sind. Die Lebensdauer von Konsumgütern wird absichtlich verringert, wenn zum Beispiel durch beschleunigte Innovationszyklen kurz nach dem Kauf eines Mobiltelefons ein neueres Modell mit Zusatzfunktionen auf den Markt kommt oder wenn Waren von geringer Qualität verkauft werden, die schnell kaputt gehen und ersetzt werden müssen („geplante Obsoleszenz“).

Weiters werden Verbraucherschulden gezielt als Mittel eingesetzt, um durch privaten Konsum das Wachstum anzutreiben. Die privaten Haushalte werden durch billige Kredite zum Schuldenmachen ermuntert, um die Nachfrage zu erhöhen. Die Finanzkrise in den USA hat gezeigt, wie diese Art der finanziellen Inklusion für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen zur Schuldenfalle wurde.

Damit verbunden ist schließlich die soziale Funktion des Konsums. Konsumgüter sind symbolisch aufgeladen und vermitteln Gemeinschaft, Zugehörigkeit und Identität. In Konsumgesellschaften ist die symbolische Rolle materieller Güter besonders stark ausgeprägt und definiert die soziale Stellung mit. Somit besteht ein regelrechter Konsumzwang, um den eigenen gesellschaftlichen Status aufrecht zu erhalten und den kulturellen Anschluss nicht zu verlieren.

Es ist wichtig zu zeigen, dass wirtschaftliche Krisen und wachsende soziale Ungleichheit nicht einfach von einzelnen skrupellosen ManagerInnen verursacht werden. Oft wird es so dargestellt, als wäre individuelle Gier der Grund für gesellschaftliche Missstände. Die Ursachen gehen aber tiefer und liegen im System selbst. Unsere Wirtschaftsordnung ist strukturell auf Wachstum angewiesen, weil sie auf der Basis von Profitorientierung funktioniert. Ihr Motiv ist nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse (das ist vielmehr ein angenehmer Nebeneffekt), sondern das Erzielen von Geldüberschuss. Kann das eingesetzte Kapital nicht vermehrt werden, wird auch nichts produziert. Die Sicherung und Fortsetzung des Wirtschaftswachstums als Selbstzweck setzt die Spirale in Gang, welche die Parole des „immer mehr, effizienter und schneller“ alternativlos erscheinen lässt.

Das Bruttoinlandsprodukt – ein geeigneter Wohlstandsindikator?

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird vielfach als Maß für den Wohlstand einer Gesellschaft herangezogen. Es ist aber problematisch, wirtschaftlichen Wohlstand zum wesentlichen Indikator menschlichen Wohlergehens zu erklären, wenn dabei noch dazu nur der wirtschaftliche Wohlstand berücksichtigt wird, der auf dem Markt produziert wird. Unbezahlte wirtschaftliche Tätigkeiten von hohem gesellschaftlichem Wert, die nicht vom Markt erfasst werden, werden nicht mitgerechnet. Durch unbezahlte Hausarbeit oder Pflegearbeit steigt das BIP nicht, auch wenn diese Tätigkeiten für das Wohlbefinden aller unerlässlich sind und den erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtum überhaupt erst ermöglichen. Der zentrale Wohlstandsindikator BIP ist geschlechtlich geprägt, indem er unsichtbare Frauenarbeit ausspart, und stellt daher kein geeignetes Maß für gutes Leben dar. Auch ökologische Aspekte werden vom BIP nicht erfasst. Ob die wirtschaftlichen Aktivitäten die Umwelt verschmutzt haben oder ob Ressourcen nachhaltig genutzt wurden, hat keine Auswirkungen auf die Summe der produzierten Güter und Dienstleistungen. Das Bruttoinlandsprodukt und damit der vermeintliche „Wohlstand“ eines Landes können weiterhin steigen, auch wenn die Natur ausgebeutet wurde. Dagegen werden andere Ausgaben mitgerechnet, die den Wohlstand gar nicht erhöhen: Eine Massenkarambolage, ein Aufenthalt in einer Rehaklinik aufgrund eines Burnouts oder die Aufräumarbeiten nach einer Naturkatastrophe erhöhen allesamt das BIP, obwohl ihr gesellschaftlicher Nutzen zweifelhaft ist.

Aus einer höheren Wirtschaftsleistung kann also nicht automatisch mehr Lebensqualität abgeleitet werden. Dies belegt auch die sogenannte Glücksforschung, die

Infobox: **Bruttoinlandsprodukt (BIP)**

Das Bruttoinlandsprodukt stellt den Geldwert aller Güter und Dienstleistungen (Wertschöpfung) dar, der in einem Land innerhalb eines Jahres erwirtschaftet wurde. Es gilt als zentrale Messgröße für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. Der Unterschied zum Bruttosozialprodukt besteht darin, dass letzteres keine Erwerbs- und Vermögenseinkommen von AusländerInnen im Inland umfasst, wohl aber jene von InländerInnen im Ausland. Inzwischen wird in der Wirtschaftsstatistik eher das BIP und nicht mehr das Bruttosozialprodukt herangezogen. Um den Wohlstand einer Gesellschaft zu messen, setzt man das Bruttoinlandsprodukt in Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Dieses Pro-Kopf-Einkommen zeigt, wie viel die BürgerInnen im Durchschnitt verdienen.

Informationen zur Politischen Bildung, Bd. 33:/2010 Wirtschaft und Politik. Hrsg. vom Forum Politische Bildung. Lexikon der Wirtschaft: http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/18944/bruttoinlandsprodukt

unter anderem den Zusammenhang zwischen Pro-Kopf-Einkommen und Lebenszufriedenheit untersucht. In den USA hat sich das Realeinkommen pro Kopf seit 1950 verdreifacht. Der prozentuelle Anteil derer, die sich als sehr glücklich bezeichnen, ist unterdessen kaum gestiegen und seit Mitte der 1970er Jahre sogar gesunken.[1] Zwar führt in Ländern mit niedrigen Einkommen bereits eine geringe Erhöhung des BIP zu einem hohen Anstieg der Lebenszufriedenheit. Ab einer bestimmten Ausstattung mit materiellen Gütern bewirkt eine weitere Zunahme der Einkommen bzw. des Konsums aber keine weitere Steigerung des individuellen Wohlbefindens mehr. Dagegen nehmen in Ländern, deren Wirtschaft über einen bestimmten Lebensstandard hinaus weiter wächst, Depressionen, Ängste und Unzufriedenheit sogar zu, weil Konsumismus, Stress und Konkurrenz steigen. In Ländern mit großen Einkommensdifferenzen sind gesundheitliche und soziale Probleme signifikant stärker, während weniger innergesellschaftliche Ungleichheit bessere und spannungsfreiere soziale Beziehungen ermöglicht.[2]

Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen (unterschiedlich) gut

Die Überzeugung, dass wachsende wirtschaftliche Aktivität Wohlstand schafft, der allen in gleicher Weise zugutekomme, ist weit verbreitet und historisch geprägt. Sozialer Ausgleich über Wirtschaftswachstum war in der Nachkriegszeit das politische Rezept in den westlichen Industriestaaten. Die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die damit aufkommende Frage nach sozialer Gerechtigkeit wurde mit Produktionssteigerung beantwortet. Wenn insgesamt die Verteilungsmasse vergrößert wird, ergibt sich mehr Verteilungsspielraum, ohne dass der Status quo angetastet werden muss. Floriert die Wirtschaft aufgrund steigender Investitionen und Unternehmensgewinne, können die Beschäftigten über moderate Lohnerhöhungen, Sozialleistungen und wohlfahrtsstaatliche Systeme am Wirtschaftswachstum beteiligt werden. Der Kuchen wird insgesamt größer gebacken und alle bekommen größere Stücke, ohne dass an der ungleichen Verteilung grundsätzlich etwas verändert werden muss. Die Verteilungsfrage wurde gewissermaßen umschifft und mit Überschussproduktion kompensiert. Gleichzeitig entstand dadurch eine Konsumgesellschaft, die das Produzierte auch kaufte und eine weitere Ausdehnung des Marktes ermöglichte.

Nach wie vor wird die Alternativlosigkeit der wachstumsbasierten Wirtschaft damit begründet, dass Wirtschaftswachstum zur Schaffung von Arbeitsplätzen und damit zur Sicherung des Wohlstands notwendig sei. In dieser Sichtweise wird Wohlstand verengt als Wohlstand an Waren definiert und nur Erwerbsarbeit als wohlstandsfördernd betrachtet, während Sorge-, Subsistenz- und Reproduktionsarbeit als „unwirtschaftlich" abgetan werden. Es verschweigt aber vor allem, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, weil durch die Zwänge des Wirtschaftswachstums andere verloren gingen. Produktivitätssteigerung ist schließlich das oberste Ziel für betriebswirtschaftliche Kostensenkung. So versuchen die UnternehmerInnen beständig, den Anteil der Lohnkosten am Produktionsprozess zu senken, um effizienter zu produzieren und den Gewinn zu erhöhen. Betriebe verlagern arbeitsintensive Produktion auf günstigere Standorte, in sogenannte „Billiglohnländer", und sie ersetzen teure menschliche Arbeit durch kapitalintensive Produktion. Durch den Einsatz von mehr Maschinen, technischen Anlagen und Automatisierung nimmt der Anteil der Zinsen an den gesamten Produktionskosten gegenüber den Löhnen zu und verstärkt den Wachstumszwang. Gleichzeitig werden dadurch immer mehr Arbeitskräfte überflüssig.

Wenn sich eine Regierung anschickt, alle Sphären zu beherrschen, nennt man das Totalitarismus. Wenn Religion das tut, nennt man das Theokratie. Aber wenn der Kommerz das tut, nennen wir es plötzlich Freiheit.

Benjamin R. Barber, US-amerikanischer Politikwissenschaftler

Das wirtschaftliche Wachstum, die Ausweitung der Produktion und die neue Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen schafft aber an anderer Stelle neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Die wegrationalisierten Arbeitsplätze müssen durch neue ersetzt werden und das funktioniert nur, wenn sich die Märkte weiter ausdehnen und zwar mindestens genauso schnell wie der Rationalisierungsprozess in der Produktion. Bei steigendem Wohlstand sind die Wachstumsraten immer schwieriger aufrechtzuerhalten. Die Prozentzahlen, mit denen das Wachstum der marktförmigen Wirtschaftsaktivität gemessen wird, drücken immer die Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zu dem des Vorjahres aus. Vergleichen wir das BIP wieder mit einem Kuchen und gehen wir davon aus, dass die Summe der Wirtschaftsleistung in einem Land insgesamt 100 Stück Kuchen ausmacht, dann bedeutet ein Wirtschaftswachstum von 10 %, dass am Ende des Jahres bereits 110 Stück vorhanden sind. Besitzt eine Volkswirtschaft mit einem höheren Wohlstandsniveau bereits 1000 Stück Kuchen und

[1] Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München, 2011: S.58.
[2] Richard Wilkinson/Kate Pickett: Gleichheit ist Glück. Berlin, 2010. Für eine Zusammenfassung des Buches siehe http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07300.pdf

Aus: DIE ZEIT für die Schule: http://zfds.zeit.gaertner.de/Arbeitsblaetter-Sekundarstufe-II2, Sept. 2009: Wirtschaftswachstum

gewinnt jährlich wieder 10 dazu, beträgt die Wachstumsrate aber nur mehr 1 %. Weil der Wirtschaftskuchen langfristig größer wird, werden die prozentuellen Zuwachsraten geringer. Erst ein jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens 2 % hat aber positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dies wird mit dem Begriff „Beschäftigungsschwelle" bezeichnet.[3] Die Wirtschaft müsste also in absoluten Zahlen jedes Jahr mehr und mehr zulegen. Bei einem Zuwachs von 2 % des BIP verdoppelt sich der gesamte Reichtum einer Gesellschaft alle 35 bis 40 Jahre.[4] Ein derartiges exponentielles Wachstum ist schon allein aufgrund der ökologischen Grenzen des Planeten nicht unbegrenzt möglich.

Infobox: **Wachstum**

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts betrug das Wirtschaftswachstum ca. 0,2 % im Jahr; es beruhte in allererster Linie auf der Zunahme der Bevölkerung. Seit der industriellen Revolution jedoch ist Wachstum vor allem eine Folge der Produktivitätssteigerung. Deren Grundlagen sind die systematische Nutzung von Wissenschaft und Technik, die soziale Organisation der kapitalistischen Mehrwertproduktion und last not least der Einsatz der fossilen Energieträger.

In Westeuropa betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 1998 17.921 US-Dollar, in den USA und Kanada lag es bei 26.146 US-Dollar. In Asien (ohne Japan) betrug es aber nur 2.936 US-Dollar, und Afrika hinkte mit 1.368 US-Dollar hinterher. Der Wohlstand hatte zugenommen. Doch die Ungleichheit der Verteilung war ebenfalls größer geworden.

Der Wachstumsbegriff ist heute so selbstverständlich, dass niemand ihn hinterfragt, zuallerletzt die Ökonomen. Freilich stößt Wachstum an Grenzen. Weil Erdöl, das Antriebsmittel des westlichen Wohlstandsmodells, knapp wird, sind erstens Konflikte um die Verfügung über die knappen Reserven unvermeidlich, es sei denn, es wird in Richtung eines anderen Energiemodells umgesteuert. Zweitens führt die Verbrennung der fossilen Energieträger zum Treibhauseffekt. Um die Aufheizung der Erdatmosphäre anzuhalten, muss von Wachstum und Beschleunigung in Richtung „Entschleunigung" gelenkt werden. Diese Strategie verlangt nicht nur eine andere technische Infrastruktur, sondern auch eine Umgestaltung der Ökonomie und Gesellschaft.

nach Elmar Altvater: Wachstum. In: Wissenschaftlicher Beirat von attac (Hg.): ABC der Globalisierung. Von „Alterssicherung" bis „Zivilgesellschaft". Hamburg, 2005: S.198f.

In der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise wächst die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen. Das Wohlstandsversprechen kann immer weniger eingehalten werden. Insbesondere Frauen machen die Erfahrung, dass sie am zu verteilenden materiellen Wohlstand weniger teilhaben, dass die neoliberale Globalisierung und ihr Wachstumsmodell nicht soziale Sicherheit und Beseitigung der Armut bedeuten. Das Motto der Politik lautet „weiter wie bisher": erst wenn die Wirtschaft wieder wächst und der Kuchen größer wird, eröffnen sich für die Politik wieder Verteilungsspielräume. Ein Wirtschaftssystem, in dem Wachstum zum Selbstzweck geworden ist, muss Ungleichheit in Kauf nehmen, weil nur so Investitionen rentabel bleiben. Die Gewinne müssen wachsen, damit die Profiterwartungen steigen und die privaten KapitaleignerInnen dann hoffentlich wieder investieren. Obwohl die Wachstums- und Kostensenkungsstrategie Prekarisierung, Jobunsicherheit und Umweltzerstörung verschärft, bleibt sie weiterhin unhinterfragte Richtschnur staatlichen Handelns. Das, was eigentlich der Zweck menschlichen Wirtschaftens sein sollte, nämlich Versorgung und Bedürfnisbefriedigung, wird der Logik von Profit und Wachstum untergeordnet.

Wachstum durch „nachholende Entwicklung" im Globalen Süden?

Weltweit ist die Zahl der Menschen in extremer Armut (weniger als 1,25 Dollar Kaufkraft pro Tag) zwischen 1981 und 2005 von 1,9 auf 1,3 Milliarden gesunken. Allerdings sind die Fortschritte je nach Region sehr unterschiedlich. Während China mit 75 % weniger extrem armen Menschen den größten Sprung machte, stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der extrem Armen in Indien um 9 % und in Afrika südlich der Sahara um über 80 %. Die Personen, die mit 2 US-Dollar pro Tag auskommen müssen, machen 2005 2,5 Milliarden Menschen aus, ebenso wie auch im Jahr 1985. In den Jahrzehnten dazwischen stieg

[3] Gernot Böhme: Kritik des Wachstums. In: Ders. (Hg.): Alternative Wirtschaftsformen. Bielefeld, 2012: S.25.
[4] Andreas Exner u.a.: Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern. Wien, 2008: S.108.

diese Zahl auf bis zu 2,87 Milliarden.

Parallel dazu nimmt die Ungleichheit innerhalb der Staaten zu. Der Human Development Report der UNDP von 2005 untersuchte die Einkommensentwicklung von 73 Staaten in den letzten 20 Jahren und stellte für 53 von ihnen (80 % der Weltbevölkerung) eine ungleichere Verteilung der Einkommen fest. Nur bei neun Staaten (4 % der Weltbevölkerung) nahm die Ungleichheit ab.

Gleichzeitig steigt die extreme Vermögenskonzentration. Von 1985 bis 2008 wuchs die Zahl der US-Milliardäre weltweit von nur 140 auf 1.125 Personen, im Jahr 2014 stehen wir laut dem Magazin Forbes bereits bei 1.645 Milliardären. Das Wirtschaftswachstum verteilt seine wohlstandsfördernde Wirkung höchst ungleich über die Erde.[5]

Vor allem sind wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen keine Garantie für nachhaltige Entwicklung und Ernährungssicherheit sowie für die Beseitigung von Ungleichheiten. Die hohen Wachstumsraten in Teilen des Globalen Südens sind deswegen möglich, weil Produktivitätssteigerungen und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zum Preis atypischer und prekärer Beschäftigung erreicht werden. So sind heute neun von zehn durch Wirtschaftswachstum geschaffene neue Jobs auf den Arbeitsmärkten Afrikas, Lateinamerikas und Südostasiens im informellen Sektor angesiedelt.[6] Auch ist kein einfacher Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Einkommenshöhe und besseren Lebensbedingungen gegeben. Tim Jackson zeigt in seiner vielbeachteten Studie „Wohlstand ohne Wachstum“, dass Länder mit schlechten Werten bei Faktoren wie Lebenserwartung, Kindersterblichkeit und Zugang zu Bildung zwar durchwegs auch sehr niedrige Durchschnittseinkommen aufweisen. Sobald das Einkommen über 15.000 US-Dollar pro Kopf ansteigt, werden die Zuwächse bei den genannten Indikatoren aber erheblich geringer. Gleichzeitig erzielen einige Länder mit einem Bruchteil des Einkommens der reichsten Nationen teilweise genauso gute Ergebnisse: In Chile beträgt das jährliche Durchschnittseinkommen etwa 12.000 US-Dollar, die Lebenserwartung liegt mit 78,3 Jahren höher als in Dänemark, das ein Pro-Kopf-Einkommen von 34.000 US-Dollar hat. Eine gute Gesundheitsversorgung und Zugang zu öffentlichen Diensten hängt nicht allein von der Höhe des BIP, sondern auch von politisch gesetzten Prioritäten ab.[7]

Wirtschaftswachstum kann zur Armutsbekämpfung beitragen, wenn die lokalen AkteurInnen in die Teilhabe an der wirtschaftlichen Wertschöpfung eingebunden werden. Denn wie auch in den Ländern des Globalen Nordens ermöglicht ein größerer Wirtschaftskuchen grundsätzlich mehr Spielraum für Verteilungspolitik. Die Wachstumsideologie, die ökonomische Expansion als Standardrezept zur Reduktion sozialer Ungleichheiten vorschlägt, zeitigt aber ambivalente Folgen. Der Strukturwandel führt zum Aufstieg neuer Mittelschichten, während die Ärmsten der Armen noch weiter verlieren. Denn die ökologischen Schäden der exportorientierten Wachstumspolitik betreffen die ärmsten Bevölkerungsschichten am meisten. Die Entwicklungsstrategie lateinamerikanischer Länder, die auf der Ausbeutung von Rohstoffen für den Export beruht, verursacht zunehmend soziale Konflikte, weil der Abbau enorm viel Wasser und Energie auf Kosten der lokalen Bevölkerung verbraucht, giftige Substanzen ins Grundwasser gelangen oder ganze Dörfer ohne Entschädigung von ihrem Land vertrieben werden. Das Entwicklungsmodell des Extraktivismus, d.h. des exportorientierten Rohstoffabbaus, ändert nichts an den globalen Abhängigkeitsverhältnissen, weil lokale Wirtschaftskreisläufe nicht gestärkt werden und der Großteil der Wertschöpfung ins Ausland geht, während grundlegende Bedürfnisse der Bevölkerung weiterhin durch Import befriedigt werden müssen. Gleichzeitig gehen den Entwicklungs- und Schwellenländern derzeit Steuereinnahmen in einer Höhe verloren, welche die Gesamtheit der weltweiten finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit übersteigen. Die Konzentration auf das wachstumsfixierte Entwicklungsmodell vernachlässigt andere Maßnahmen wie ein wirksames Steuersystem, Reformen zur gerechten Verteilung des Bodens, Entschuldung oder eine Bekämpfung der Kapitalflucht, die für eine nachhaltige und geschlechtergerechte Entwicklung im Globalen Süden entscheidend sind.

Ebenso wie das Gebot „Du sollst nicht töten“ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“ sagen. Diese Wirtschaft tötet. Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte an der Börse Schlagzeilen macht.“

Papst Franziskus: Evangelii Gaudium, Kap.2/II/53

5 http://www.bpb.de/wissen/WILQQ6,0,0,Armut.html
6 Elmar Altvater: Entwicklung durch Wirtschaftswachstum? In: Dossier Welt-Sichten 9-2011. http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/ws-Dossier_9-2011.pdf
7 Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München, 2011: S.72-77

Frauen und Wirtschaft

Der Markt ist der Ausschnitt der Wirtschaft, auf dem Menschen durch geldvermittelte Tauschakte Waren und Dienstleistungen transferieren. Die Wirtschaftsleistung eines Landes wird mit dem Bruttoinlandsprodukt gemessen, das die Geldsumme aller produzierten Güter und Dienstleistungen darstellt. Von Wirtschaftswachstum spricht man, wenn mehr für den Markt produziert und verkauft wurde als im Vorjahr. Tatsächlich zeigt diese Berechnung aber nur, ob der „sichtbare" Teil der Wirtschaft gewachsen ist, der sich auf dem Markt abspielt und mit Geld bezahlt wird. Unsichtbar bleibt dagegen die überwiegend von Frauen geleistete unbezahlte Sorgearbeit und Subsistenzwirtschaft. Hausarbeit, die private Betreuung von Kindern, kranken und alten Menschen oder ehrenamtliche Tätigkeit gehen nicht in die wirtschaftliche Gesamtrechnung ein, obwohl sie zum Wohlstand einer Gesellschaft entscheidend beitragen. Das herrschende Wirtschaftsverständnis ist geschlechtlich geprägt und betrachtet nur Erwerbsarbeit als wertschöpfend und wohlstandssteigernd. Tatsächlich gleicht der auf die Marktökonomie beschränkte Wohlstandsbegriff der sichtbaren Spitze eines Eisbergs, der von der Sphäre der sogenannten sozialen Reproduktion, den natürlichen Ressourcen und den ausgebeuteten peripheren Regionen getragen wird. Diese unsichtbare Ökonomie ist für das Funktionieren des Gesamtsystems unabdingbare Voraussetzung, sie wird aber als „unproduktiv" und unentgeltlich nutzbar betrachtet.

Zeitbudgetstudien zeigen, dass unbezahlte Arbeit ein größeres Volumen umfasst als bezahlte Arbeit. In Österreich werden jährlich 9,7 Mrd. Stunden an unbezahlten Tätigkeiten verrichtet, das sind im Verhältnis zur bezahlten Arbeit 51%. Zwei Drittel davon entfallen auf Frauen.[8] Haushalts-, Familien-, Betreuungs- und Pflegearbeiten gelten traditionell als „Privatsache" und werden in der sozialen Wahrnehmung als „natürlich weiblich" definiert. Sie werden weltweit überwiegend von Frauen geleistet und bleiben meist auch dann in ihrer Verantwortung, wenn diese selbst erwerbstätig sind. Die Trennung wirtschaftlicher Tätigkeiten in eine männliche Verwertungsökonomie und eine weibliche Versorgungsökonomie bildet die Grundlage unseres profitorientierten Wirtschaftssystems. Die Logik von Wachstum und

Aus: Doris Wastl-Walter: Gender Geographien. Geschlecht und Raum als soziale Konstruktionen. Stuttgart, 2010, S.91.

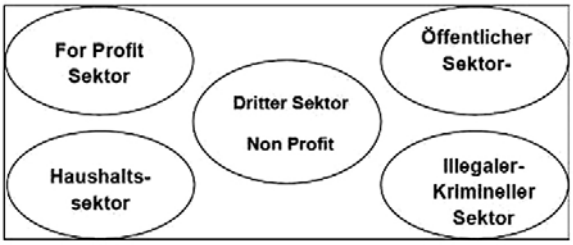
[8] Bundesfrauenabteilung der GPA-djp (Hg.): Frauen und Arbeitszeit. Fakten, Analysen, Lösungsansätze: S.5. http://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_1.2.a/1342540575376/berufsleben/arbeitszeitgestaltung/frauen-und-arbeitszeit

Gewinn ist in ihrem Funktionieren darauf angewiesen, sich verwertbare Ressourcen einzuverleiben und auf ihre Kosten Gewinn abzuschöpfen. Soziale Dienstleistungen und Naturgüter tragen zur Kostensenkung bei, indem die Märkte diese Leistungen als einfach vorhanden voraussetzen und sich ständig aneignen. Diese Kosten werden an die privaten Haushalte und die lokalen Kommunen verschoben, wo sie überwiegend von Frauen durch unbezahlte Mehrarbeit aufgefangen werden. Christa Wichterich schreibt dazu: „Die Expansionsstatistiken und Handelsbilanzen zeigen nicht, dass kapitalistische Wertschöpfung überall auf Grundlage eines Polsters von sozialer Regeneration, von überwiegend unbezahlt und von Frauen geleisteter Sorgearbeit und sozialer Sicherungsnetze einerseits und der regenerativen Kräfte der Natur andererseits funktioniert.“[9] Soziale und ökologische Kosten werden „externalisiert“: Die Schäden und Risiken, die durch die Nutzung unbezahlter Sorgearbeit und natürlicher Ressourcen entstehen, werden aus dem Wirtschaftsprozess abgespalten und an Individuen oder lokale Gemeinschaften ausgelagert, die an den Gewinnen der kapitalistischen Produktion jedoch nicht oder nur unzureichend beteiligt werden. Die Tendenzen zur „Externalisierung als Prinzip“ werden verschärft, wenn neoliberale Politikmodelle auf Deregulierung bzw. „Selbstregulierung“ der Märkte setzen. Somit wird zur Steigerung der Profitraten auf Kosten von Frauen gewirtschaftet, deren Leistungen als außerökonomisch betrachtet und dennoch „verwertet“ werden.

Herrschaftsverhältnisse im wachstumsorientierten Wirtschaftssystem

Dies zeigt den herrschaftlichen Gehalt einer auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaft. Die geschlechtlich geprägte Trennungsstruktur zwischen produktiven und sogenannten reproduktiven Tätigkeiten ist ein soziales Verhältnis ungleicher Machtverteilung zwischen den Geschlechtern, das durch die Gleichsetzung von Wirtschaftswachstum mit Wohlstand, Entwicklung und Fortschritt aufrechterhalten wird. Der Wachstumsimperativ reproduziert Abhängigkeiten zwischen Kapital und Arbeit, Männern und Frauen, Norden und Süden. Er entspricht letztlich einem „unterwerfenden“ Entwicklungsverständnis auf der Basis von Naturbeherrschung und patriarchalen Dominanzverhältnissen.

Ansätze feministischer Ökonomie setzen sich herrschaftskritisch mit den Annahmen der Wirtschaftstheorie auseinander und gehen davon aus, dass diese nicht geschlechtsneutral sind, sondern strukturelle Ungleichheiten festschreiben. Feministische Ökonominnen setzen sich für ein umfassendes Verständnis von Wirtschaft ein, wie das beispielsweise Luise Gubitzer mit ihrem 5-Sektoren-Modell vorschlägt: sie beschreibt die Gesamtwirtschaft als einen Komplex, der sich aus fünf Bereichen zusammensetzt: dem Haushaltssektor, dem For-Profit-Sektor, dem Öffentlichen Sektor, dem Non-Profit-Sektor und dem illegalen Sektor. „Wirtschaft“ wird in der feministischen Ökonomie in ihrer weiten Bedeutung als Gesamtheit aller gesellschaftlichen Tätigkeiten und Mittel verstanden, die der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und der Lebenserhaltung dienen. Die Erarbeitung ökonomischer Theorien aus der Perspektive weiblicher Lebensrealitäten zielt darauf ab, „das Ganze der Wirtschaft“ zu betrachten und alle Formen von Arbeit, egal ob bezahlt oder unbezahlt, produktiv oder reproduktiv, als wertschöpfende Tätigkeit in die wissenschaftliche Analyse wie auch in politische Aushandlungsprozesse einzubeziehen.



Das 5-Sektorenmodell nach Luise Gubitzer

Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf den Bereich der Care-Ökonomie und seine wirtschaftliche Bedeutung als produktiv und wohlstandsschaffend gerichtet. Diesen Bereich als grundlegende Voraussetzung menschlichen Überlebens und Gedeihens anzuerkennen heißt aber nicht, ihn einfach der Marktökonomie hinzuzufügen. Denn Sorgearbeit folgt einer anderen Handlungsrationalität als das neoliberale Marktsystem mit seinen Funktionsprinzipien der Effizienz, Konkurrenz und Gewinnorientierung. Care-Tätigkeiten sind zeitintensiv, sie laufen zwischen Menschen ab und sind weniger planbar, sie können daher nicht nach dem Muster der betriebswirtschaftlichen Rationalisierung in der industriellen Güterproduktion umgestaltet werden. Altenpflege

Infobox: **Care-Ökonomie**

„Der Begriff Care-Ökonomie bezieht sich auf alle bezahlt und unbezahlt geleisteten Tätigkeiten, bei denen Menschen für andere sorgen oder für die alltägliche Versorgung anderer Menschen zuständig sind. Diese Tätigkeiten beziehen sich auf die Umwandlung von standardisierten und industrialisierten Gütern und Dienstleistungen für einen den unterschiedlichsten Bedürfnissen angepassten täglichen Verbrauch innerhalb und ausserhalb des Haushalts, auf das Aufziehen von Kindern, auf die Pflege von Menschen und andere Formen von Beziehungsarbeit. All diese Tätigkeiten und die Art und Weise, wie sie getan werden, machen einen wesentlichen Teil des Lebensstandards einer Gesellschaft aus.“
Mascha Madörin: Care-Ökonomie – ein blinder Fleck in der Wirtschaftstheorie. In: Widerspruch, Heft 40, Zürich 2001: S.41.

[9] Christa Wichterich: Ein feministischer Blick auf Krisen, Kapital und Kosten. In: Robert P. Brenner u.a.: Kapitalismus am Ende? Attac: Analysen und Alternativen. Hamburg, 2009: S.84.

oder Kindererziehung sind vor allem qualitative Tätigkeiten. „Produktivitätssteigerung“ zur Erhöhung der Rendite funktioniert hier nicht, ohne dass der Tätigkeit ihr Sinn und Zweck verloren geht. Die gesellschaftliche Bedeutung der reproduktiven Sphäre anzuerkennen, muss deswegen heißen, die hierarchische Trennung zwischen Produktion und Reproduktion aufzulösen und eben „das Ganze der Wirtschaft“ zu sehen. Wenn die externalisierten Kosten fortan einfach internalisiert werden, gehen sie ebenso in kapitalistische Unternehmensbilanzen und Berechnungen von Gewinnerwartungen ein. Pflege- und Betreuungstätigkeiten werden dann gemäß der vorherrschenden Effizienzlogik ständig in ihren Abläufen zu optimieren und zu beschleunigen versucht. Feministische Ökonominnen fordern vielmehr, das Wirtschaften selbst zu verändern, die Marktökonomie als die Spitze des gesamten Eisbergs in ihrer Bedeutung zu relativieren und in die Logik des Gesamtsystems einzubetten. Diese Logik muss das Handlungsprinzip der Sorge sein, das ein gutes Leben für alle ermöglicht und die natürlichen Ressourcen für nachfolgende Generationen erhält. Adelheid Biesecker nennt das „Vorsorgendes Wirtschaften“. Im Gegensatz zum gewinnorientierten Wirtschaften geht es in diesem Konzept um langfristiges, zukunftsorientiertes Denken in ökonomischen Entscheidungen, Kooperation statt Konkurrenz und eine Ausrichtung an den Bedürfnissen der Menschen. Das bedeutet nicht, dass Waren und Dienstleistungen nicht weiter auf Märkten ausgetauscht werden können, nur müssen solche Märkte in einer vorsorgenden Wirtschaftsweise von Profitzwecken zu Lebenszwecken umgestaltet werden.

Die Ökonomisierung von Sorgearbeit: Frauen als sozialer Airbag

Im Zuge der Globalisierung werden weltweit personennahe Dienstleistungen, Erziehung und Pflege kommerzialisiert. Reproduktions- und Sorgearbeit wird dann über bezahlte Märkte organisiert, was nichts daran ändert, dass sie hauptsächlich von Frauen geleistet und äußerst schlecht bezahlt wird. Dadurch, dass Care-Tätigkeiten zu Waren gemacht werden, die einen Geldwert haben und auf dem Markt gehandelt werden können, werden sie aber der Logik individueller Maximierungsrationalität und damit dem Zwang zur Produktivitätssteigerung unterworfen. Wenn Spitäler zu unternehmerischen Einheiten werden, drückt sich das häufig in Bettenabbau und steigender Arbeitsbelastung der knappen Pflegekräfte aus. Die Unterwerfung bisher marktferner Sphären unter die Effizienzlogik wird mit dem Begriff der

Die globale Sorgekette.

Aus: Doris Wastl-Walter: Gender Geographien. Geschlecht und Raum als soziale Konstruktionen. Stuttgart, 2010, S.58.

Ökonomisierung bezeichnet. Ökonomisierung meint, dass die Bewertung nach marktökonomischen Kriterien auf Lebensbereiche übertragen wird, die dieser Logik eigentlich nicht entsprechen können. Die Ökonomisierung von Sorge- und Reproduktionsarbeit hat zur Folge, dass diese einem Verwertungsimperativ untergeordnet werden. Die Tätigkeiten werden nach einem Kosten-Nutzen-Kalkül organisiert und dementsprechend rationalisiert durchgeführt, oft auf Kosten der Qualität. Vor allem aber führt die Kommerzialisierung von Care-Arbeit zu ihrer transnationalen Verschiebung. Haushalte, die es sich finanziell leisten können, können sich von Reproduktionsarbeit „freikaufen", indem sie diese in den bezahlten Bereich auslagern. Die sogenannte „Vereinbarkeit von Beruf und Familie" wird dadurch erreicht, dass Migrantinnen die schlecht entlohnte Arbeit als Putzfrau oder Pflegekraft übernehmen und eigene betreuungsbedürftige Angehörige zuhause zurücklassen. Auch Krankenschwestern oder ÄrztInnen aus den Regionen des Globalen Südens, die auf der Suche nach besseren Verdienstmöglichkeiten migrieren, hinterlassen in ihren Herkunftsländern eine Leerstelle, die entweder ihrerseits mit der Anwerbung entsprechender Arbeitskräfte aus dem Ausland nachbesetzt werden muss oder zu einer Versorgungskrise führt. So entsteht eine globale Sorgekette, ähnlich den globalen Wertschöpfungsketten in der Produktion, die am unteren Ende der Kette eine Sorgelücke reißt.

Durch die Privatisierung in der Care-Ökonomie wird die Frage der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit zur individuellen Verantwortung von Frauen. Die scheinbare „Wahlfreiheit" setzt dementsprechende finanzielle Möglichkeiten voraus, um die sozialen Dienstleistungen am Markt einzukaufen. Die neoliberale Neuinterpretation des Wohlstandsversprechens ist auf dem Denkmuster der Eigenverantwortung aufgebaut. In den meisten europäischen Staaten wandelt sich die Rolle des öffentlichen Sektors von einem wohlfahrtsstaatlichen Ansatz hin zu einem Verständnis des Staates als Hüter der Wettbewerbsfähigkeit. Wenn staatliche Ausgaben gekürzt werden und öffentliche Dienstleistungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Soziales nicht mehr zur Verfügung stehen, werden die Aufgaben der sozialen Sicherung und Risikominimierung auf die privaten Haushalte verschoben, wo Frauen den Ausfall dieser Versorgungsleistungen mit eigener unbezahlter Mehrarbeit kompensieren, wenn sie diese nicht an andere Frauen in der globalen Sorgekette weitergeben können. Das Wort „Budgetkonsolidierung" steht nicht für eine geschlechsneutrale Maßnahme, sondern bezeichnet eine „Expertenlösung" aus einem männlich verzerrten Blickwinkel, die davon ausgeht, dass die soziale Reproduktion ja trotzdem weiterhin funktionieren wird. So sind Frauen überdurchschnittlich negativ von Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor betroffen, indem sie die Entlassung des Staates aus seiner sozialen Verantwortung auffangen.

Die geschlechterpolitischen Auswirkungen wirtschaftspolitischer Entscheidungen zeigen sich in den ökonomischen Strukturanpassungsprogrammen, die den zunehmend überschuldeten Staaten des Südens ab Anfang der 1980er Jahre von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds verordnet wurden. Diese Umstrukturierungsprogramme sollten die Staatshaushalte stabilisieren und damit die Rückzahlung der Schulden sicherstellen. Frauen sind von den neoliberalen Sanierungsprogrammen besonders negativ betroffen, weil sie die Privatisierung und den Rückbau sozialer Ausgaben im öffentlichen Sektor auf Kosten der eigenen Existenzsicherung wettmachen. Frauen fungieren als soziale Airbags, wenn staatliche Subventionen gestrichen werden, die Reformpolitik zu Einkommensverlusten führt oder öffentliche Leistungssysteme abgebaut werden. Finanz- und Wirtschaftskrisen haben geschlechtsspezifisch unterschiedliche Auswirkungen und erhöhen den Druck auf Frauen als Versorgungsleisterinnen, wenn andere Sicherungsnetze versagen. Das ist aber kein unabwendbares Naturgesetz, sondern eine politisch gewollte Prioritätensetzung. Am Beispiel der Asienkrise 1997/98 weist die Ökonomin Diane Elson darauf hin, dass die Krisen „in die Küchen" verlagert werden, wenn Banken und Konzernen durch staatliche Hilfe unter die Arme gegriffen wird, während Frauen durch unbezahlte Sorge- und Reproduktionsarbeit sowie Mehrfachjobs die Lohnsenkungen, Entlassungen und öffentlichen Kürzungen auffangen.[10] Die Folgekosten der Krise werden privatisiert und durch weibliche Airbag-Leistungen übernommen.

Eigenverantwortung statt Solidarität – das neoliberale Menschenbild des homo oeconomicus

„Zur Ökonomisierung kommt eine Individualisierung von Verantwortung in den politischen Diskursen. Ökonomisches Empowerment, das NGOs in Nairobi [bei der UN-Weltfrauenkonferenz 1985, Anm.] als Strategie kollektiver Machtbildung eingeführt hatten, bedeutet bei der Weltbank und dem Weltwirtschaftsforum, Frauen als homo oeconomicus, als Marktsubjekte, fit für Konkurrenz und Produktivitätssteigerung zu machen. Die Weltbank bezieht sich nur dort auf Rechte, wo es um Marktrechte geht. Hinter den Marktrollen verschwinden die konkreten ökonomischen Bedingungen, unter denen Bäuerinnen, Kleinhändlerinnen, Dienstleisterinnen oder Exportarbeiterinnen arbeiten, ebenso wie die konkreten Armutsbedingungen, die die Menschenrechte von Frauen verletzen. Der politische Topos der Eigenverantwortung

[10] Christa Wichterich: gleich, gleicher, ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung. Sulzbach/Taunus, 2009: S.212.

verschiebt Verantwortung auf jedes einzelne Individuum, das selbst für Job, soziale Sicherheit und Teilhabe am Backen und Verteilen des gesellschaftlichen Kuchens zuständig ist", schreibt die Soziologin Christa Wichterich.[11] Die Möglichkeit zu wirklich eigenverantwortlichem Handeln setzt aber selbstbestimmte Menschen voraus, die die Verhältnisse in denen sie leben, mitgestalten können. Der Appell an die Eigenverantwortung ist kein Aufruf zu mehr Mitbestimmung, sondern eher eine Aufforderung, „der Allgemeinheit" nicht zur Last zu fallen.

Um Arbeit und Wirtschaft neu und frauengerecht zu gestalten, müssen zuallererst die impliziten Vorstellungen verändert werden, die das Alltagsverständnis durchdringen und aufgrund ihrer Selbstverständlichkeit zu Handlungsanweisungen werden. Die scheinbare Alternativlosigkeit der Wachstumspolitik, die vorgegebenen Zwänge des Weltmarkts und der Standortkonkurrenz, die „Unfinanzierbarkeit" sozialer Leistungen sind keine objektiven Feststellungen, sondern setzen bestimmte Realitäts- und Identitätsbeschreibungen voraus. Neoliberales Denken privatisiert die politische Verantwortung für die Teilhabe aller an den gesellschaftlichen Gütern durch das Menschenbild des homo oeconomicus, der gewinnorientiert den eigenen Nutzen maximiert und so seine Freiheit verwirklicht. So wird das Solidarprinzip durch das Prinzip der Eigenverantwortung ersetzt. Der homo oeconomicus als Idealtyp des zweckrational handelnden Menschen ist eigentlich ein konstruiertes Modell aus der Wirtschaftswissenschaft. Im neoliberalen Diskurs wird dieser enge Begriff von Rationalität verabsolutiert: rational erscheint nur mehr, was dem Selbstinteresse dient. Die Modellvorstellung des homo oeconomicus ist auf den männlichen, weißen Ernährer ausgelegt. Der typische homo oeconomicus ist ein unabhängiger Marktteilnehmer ohne familiäre Verpflichtungen, der autonome Entscheidungen zur Maximierung seines Selbstinteresses trifft. Er schafft sein Einkommen über Erwerbsarbeit und kann alle seine Bedürfnisse über Angebote auf dem Markt befriedigen. Das ökonomistische Menschenbild geht davon aus, dass Menschen von Natur aus egoistisch, konkurrenzbezogen und gewinnorientiert handeln. Die Vorstellung vom homo oeconomicus hat im alltagsweltlichen Diskurs bereits solche Wirkmächtigkeit entfaltet, dass sie Realität wird, weil Menschen sich an ihr orientieren und andere Motive des Handelns nicht mehr als rational empfinden. In der Serie „Denkfehler, die uns Geld kosten" wird in einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung auf kuriose Weise die Frage thematisiert, warum manche Menschen auch in solchen Fällen Trinkgeld geben, in denen sie mit Sicherheit ausschließen können, mit derselben Bedienung noch einmal in Kontakt zu kommen. Da das Kalkül auf die zukünftige Freundlichkeit des Kellners oder der Kellnerin wegfiel, lautete die „wissenschaftliche" Begründung, es handle sich um eine quasi genetisch gewordene Fehlsteuerung aus Zeiten, in denen Menschen noch in sozialen Nahverhältnissen lebten.[12] Diese und andere Beispiele sind Teil einer Normalisierung gewinnorientierten Handelns, die dazu führt, dass andere Orientierungen wie Altruismus oder Kooperationsbereitschaft nicht mehr als handlungsleitend in Betracht gezogen werden. Individuelle Profitmöglichkeit wird schließlich als einziger plausibler Antrieb für Innovation und Fortschritt gesehen und die gegebenen Verhältnisse erscheinen tatsächlich alternativlos.

Eine wirksame Kritik am marktfixierten Wohlstandsverständnis setzt voraus, die marktökonomischen Denk-

[11] Christa Wichterich: gleich, gleicher, ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung. Sulzbach/Taunus, 2009: S.70.
[12] http://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/denkfehler-die-uns-geld-kosten/denkfehler-die-uns-geld-kosten-60-trinkgeld-und-andere-fehler-12148100.html

Die große Erzählung

„Frauen aus den Ländern des Globalen Südens beschrieben in der Vergangenheit ihre Erfahrung mit „Entwicklung" häufig mit einer Metapher: ein Zug rollt in der Ferne am Horizont vorbei; wenn die Frauen ihr Dorf verlassen und sich dem Zug nähern, rast er davon. Immer häufiger aber werden Päckchen aus dem Zug geworfen und die Frauen sammeln sie auf: in manchen sind Mikro-Kredite, in anderen kleine Kaninchen, die von den Frauen als „einkommensschaffende Maßnahme" aufgezogen werden sollen, in anderen Stick- und Stricknadeln oder gar eine Nähmaschine. Während die Frauen die Päckchen auspacken, verschwinden in dem Zug immer mehr lokale Ressourcen, von denen die Frauen bisher lebten, z.B. Wald, Land, Fisch, Heilkräuter. Mit wachsendem Tempo aber hinterlässt der Zug auch zunehmend Zerstörung entlang seiner Route, sodass die Frauen viel Aufräumarbeit zu leisten haben. Trotzdem laufen sie dem Zug immer wieder hinterher und versuchen aufzuspringen, denn er soll Wohlstand, Konsum und das gute Leben an Bord haben.

Aus dem Zug der Entwicklung ist der Zug der Globalisierung geworden, und der rast nicht einfach vorbei, sondern krempelt weltweit die Ökonomien, die geschlechtsspezifische und die internationale Arbeitsteilung und das Verhältnis von Produktion und sozialer Reproduktion um. Marktöffnung und Freihandel integrieren immer mehr Frauen in die globalen Wertschöpfungsketten, in die globalen Versorgungsströme und Angebots- und Informationsautobahnen. (...)

Wenn wir beim Bild des Zuges bleiben, dann fahren jetzt immer mehr Frauen im Zug mit, die meisten in prekären und marginalen Positionen, immer davon bedroht, wieder herauszufallen, einige schaffen aber auch den Aufstieg ins Gewinnerabteil."

(aus: Christa Wichterich: gleich, gleicher, ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung. Sulzbach/Taunus, 2009: S.86f.)

muster selbst zu hinterfragen, die bereits so selbstverständlich geworden sind. Die verengte ökonomische Handlungsrationalität geht davon aus, dass das rational ist, was in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Profit bringt. Diese Orientierung an Effizienz, die in der Wirtschaft vorherrschend ist, kann aber nicht auf die Politik übertragen werden. Wenn es um Fragen des Gemeinwohls geht, kann die „effizienteste" Lösung auch die schlechteste sein. Weil diese Grundsatzfrage nicht thematisiert wird, werden mittlerweile selbst sozial- oder kulturpolitische Themen unter dem Gesichtspunkt verhandelt, ob sie denn „leistbar" seien bzw. sich „auszahlten". So werden nicht-ökonomische Handlungsfelder nach ökonomischen Kriterien bewertet.

Frauengerechte Entwicklungspolitik

Das Süd-Frauennetzwerk DAWN (Development Alternatives for Women in a New Era) stellt dieser Effizienzorientierung ihr Empowerment-Konzept entgegen, das auf strukturelle Transformation als frauenpolitische Entwicklungsstrategie „von unten" setzt. DAWN kritisiert damit die Programmatik der „nachholenden Entwicklung", wie sie die Weltbank und andere große Akteure der Entwicklungszusammenarbeit vertreten. Diese sehen entwicklungspolitische Frauenförderung im Süden vor allem als Werkzeug zur Integration von Frauen in marktökonomische Zusammenhänge. DAWN führte den Begriff „Empowerment" bei der 3. UN-Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi ein, um zu verdeutlichen, dass wirtschaftliche Unterstützung zur „Selbsthilfe" nur ein Baustein einer breiten Ermächtigungsstrategie von Frauen ist. Empowerment bedeutet, dass Frauen Zugänge zu Ressourcen haben, Kontroll- und Entscheidungsrechte ausüben und Gestaltungsmöglichkeiten in Politik, Wirtschaft und Kultur wahrnehmen können.

Als Gegenkonzept zur Vorstellung der „nachholenden Entwicklung" in den Ländern des Südens vertritt das Frauennetzwerk DAWN den Livelihood-Ansatz, mit dem einem engen Wohlstandsbegriff entgegen zu treten versucht wird, der nur Erwerbsarbeit und Geldeinkommen als armutsbekämpfend gelten lässt. Der Livelihood-Ansatz versteht Wohlstand breiter: kulturelle, soziale und politische Rechte zählen genauso dazu, wie die Erhaltung der ökologischen Ressourcen. Sustainable livelihoods sind die tragfähigen Grundlagen der Existenz, deren Sicherung das Ziel der frauenpolitischen Bemühungen ist. Die Sicherung dieser Existenzgrundlagen ist nicht wachstumsorientiert, sondern versorgungsorientiert. Ökonomie wird daran gemessen, ob sie ein gutes Leben für alle ermöglicht. Das Livelihood-Konzept setzt bei lokalen Erfahrungen und Selbstbestimmungsrechten an und setzt anstelle der konkurrenzbasierten Entwicklungsstrategie auf eine Kreislaufökonomie, die auf gegenseitiger Hilfe, Solidarität und geteilten Ressourcen beruht.

Ökonomisches Wissen ist ein herrschaftsstützendes Wissen, aus dem die sozialen und wirtschaftlichen Erfahrungen von Frauen ausgeblendet bleiben. Im entwicklungspolitischen Kontext entstand daher in enger Verbindung mit dem Empowerment-Ansatz das Konzept der economic literacy. Wirtschaftsalphabetisierung versteht Frauen nicht als wirtschaftliche Analphabetinnen, sondern als Wirtschaftsexpertinnen des Alltags. Das Wissen von Frauen über Versorgungs- und Vorsorgewirtschaft wird aber gegenüber dem „männlichen" marktökonomischen Wissen minderbewertet. Wirtschaftsalphabetisierung ist eine emanzipatorische Methode der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, die darauf abzielt, ökonomisches Wissen aus feministischer Perspektive zu entwickeln und damit Frauen zu stärken und zu befähigen, sich in wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse einzumischen und die Ökonomisierung aller Lebensbereiche zu hinterfragen. Economic literacy ist im Zusammenhang mit feministischer Globalisierungskritik als Empowermentstrategie von und für Frauen des Südens entstanden. Nachdem die Erwirtschaftung finanzieller Ressourcen zunehmend als Strategie der Armutsbekämpfung in der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt wird, wird es notwendig, die Dimension struktureller Geschlechterungleichheit stärker zu thematisieren. Denn die wirtschaftliche Integration von Frauen über einkommensschaffende Projekte und Mikrokredite greift dann zu kurz, wenn sie nicht von einem Zuwachs an politischen Gestaltungsmöglichkeiten begleitet wird. Es braucht kritisches ökonomisches Wissen, um der herrschenden Annahme entgegen zu treten, dass bereits der wirtschaftliche Erfolg von Frauen als unternehmerische Individuen als Hauptkriterium für eine geschlechtergerechte Gesellschaft genügt, während ökologische, soziale und kulturelle Rechte und damit sustainable livelihoods wenig Beachtung finden. Die Forderung „mehr Frauen in die Wirtschaft" macht daher nur dann Sinn, wenn sie von der Forderung „mehr Frauen in die Entscheidungsstrukturen" begleitet wird.

Infobox: **„Nachholende Entwicklung"**

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und in der Phase der Dekolonisation war der koloniale Rassismus weitgehend diskreditiert. An seine Stelle trat die Rede von „entwickelten" und „unterentwickelten" Gesellschaften. Das Leitbild der „nachholenden Entwicklung" geht davon aus, dass alle menschlichen Gesellschaften auf einer evolutionären Skala voranschreiten und dass die Industriegesellschaften an deren Spitze stünden. Die auf dieser Skala „zurückgebliebenen" Gesellschaften könnten durch Modernisierung, Industrialisierung, Investitionen, Wirtschaftswachstum und Entwicklungshilfe ebenfalls zu „entwickelten" Gesellschaften werden. Die Kritik an diesem Entwicklungskonzept richtet sich gegen das „westliche" Verständnis von Fortschritt in seiner Fixierung auf die Produktion und damit verknüpfte Vorstellungen von Wachstum und Wohlstand.

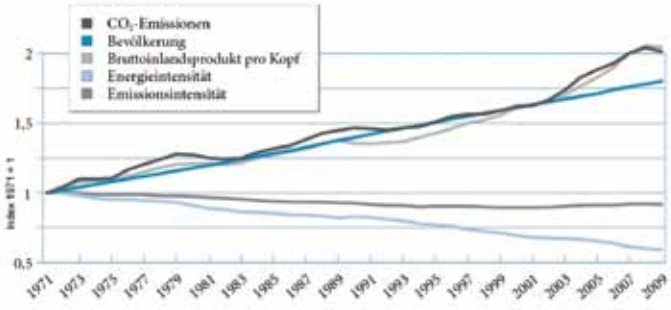
nach Aram Ziai: Post-Development. In: Ulrich Brand u.a. (Hg.): ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft. Hamburg, 2012: S.216f.

„Grünes Wachstum“ als Lösung?

Im März 2014 hat der Weltklimarat IPCC den zweiten Teil seines neuen Berichts über die Folgen des Klimawandels vorgelegt. Die Erderwärmung und die Veränderungen des Ökosystems machen Naturkatastrophen, Hungersnöte und politische Konflikte in Zukunft wahrscheinlicher, so der alarmierende Grundton. Wenn nicht rasch gegengesteuert wird, könnte der Temperaturanstieg bis 2100 vier Grad Celsius betragen. Geringere Ernteerträge und höhere Lebensmittelpreise wären die Folge, vor allem in subtropischen Ländern droht Wasserknappheit. Neben der Verknappung von Ressourcen wie Wasser oder Lebensmittel geht die unbegrenzte Verfügbarkeit von Erdöl, Erdgas und Kohle ihrem Ende zu.[13] „Peak Oil“ als der Scheitelpunkt, an dem die Ölförderung ihren Höhepunkt erreichen und die Kosten für die Förderung steigen werden, wird mittlerweile sogar von der Internationalen Energieagentur für das Jahr 2020 für möglich gehalten. Das wird Folgen auf unseren materiellen Lebensstandard haben, der in hohem Maße von billigem Öl abhängig ist. Dabei hat die vielbeachtete Studie des Club of Rome zu den ökologischen „Grenzen des Wachstums“, bereits vor über 30 Jahren aufgezeigt, dass unsere ressourcenintensive Wirtschaftsweise endlich ist. Die drohenden Ressourcenengpässe sind dabei nur ein Teil der Problematik, denn, wie der britische Ökonom Tim Jackson bemerkt, besteht die Gefahr, dass uns der Planet ausgeht, bevor uns das Öl ausgeht.

Der Mythos der Entkopplung von Wirtschaftsleistung und ökologischer Belastung

Angesichts des Klimawandels und der zunehmenden Umweltkrisen wird klar, dass ein „Weiter wie bisher“ nicht möglich ist. Seit einiger Zeit haben Ansätze Hochkonjunktur, die davon ausgehen, dass weiteres Wirtschaftswachstum durch technologische Entwicklung und effizienteren Umgang mit natürlichen Rohstoffen von ökologischen Schäden entkoppelt werden könne. „Green Economy“ war auch auf dem UN-Nachhaltigkeitsgipfel Rio+20 im Jahr 2012 ein Schwerpunktthema. Der ökologische Umbau der Wirtschaft wird mittlerweile als dringend notwendig anerkannt. Das „grüne Wachstum“ ist aber insofern problematisch, als die Logik der Profitmaximierung durch Wachstum und Konsumsteigerung nicht hinterfragt wird. „Entkopplung“ meint, dass der Umweltverbrauch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt sinkt. Sparsamere Technologien tragen also dazu bei, dass bei niedrigerem Ressourcenverbrauch dasselbe produziert und dasselbe BIP erwirtschaftet werden kann. Der Weltklimarat stellte 2007 fest, dass die globale Energieintensität im Vergleich zum Jahr 1970 bereits um ein Drittel gesunken war. Allerdings handelt es sich nur um eine relative Entkopplung. Denn trotz verbesserter Ressourceneffizienz sind die globalen CO2-Emissionen aus fossilen Energiequellen seit 1970 um 80% angestiegen. Das zeigt: es kann jetzt zwar mit weniger Verbrauch mehr erzeugt werden, durch das ständige Wachstum der Wirtschaftsleistung ist die Belastung in absoluten Zahlen jedoch sogar noch eine viel höhere. Auch der weltweite Rohstoffverbrauch ist seit 1980 um 62% gestiegen.[14] Die Effizienzgewinne bei Energie- und Ressourcenverbrauch werden durch das Wachstum des BIP zunichte gemacht. Solange das Wirtschaftssystem strukturell auf Profitmaximierung ausgerichtet ist, werden Effizienzsteigerungen immer dazu genutzt werden, das Gesparte in noch mehr Produktion investieren zu können. Auch auf Seiten der VerbraucherInnen zeigt sich, dass die Effizienzsteigerungen den Konsum noch erhöhen. Durch die Zugewinne bei der Produktivität werden die Produkte billiger und es kommt zum sogenannten Rebound-Effekt: Elektrogeräte funktionieren heute sparsamer als vor dreißig Jahren, dafür werden sie öfter und mehr von ihnen gekauft, jedes Kind bekommt seinen eigenen Fernseher ins Zimmer und mit sparsameren Autos kommt man mit einer Tankfüllung zwar jetzt weiter, man fährt aber eben auch weiter.



Anstieg der globalen CO2-Emissionen trotz sinkender Energieintensität der Weltwirtschaft. Aus: Udo E. Simonis u.a. (Hg.): Mut zu Visionen: Brücken in die Zukunft (Jahrbuch Ökologie 2014), S.125.

Soziale und ökologische Folgen im Globalen Süden

Auffallend ist, dass in Nachhaltigkeitsstudien die Entwicklungsproblematik oft unberücksichtigt bleibt. Dabei sind die sozialen Folgen der ökologischen Veränderungen gerade im Globalen Süden besonders groß. Auch der Umstieg auf „saubere“ Energie in den westlichen Industrieländern geht oft auf Kosten der Natur und der lokalen Bevölkerung in den Ländern des Globalen Südens.

Für die Herstellung erneuerbarer Energieträger werden viele Ressourcen benötigt, deren Gewinnung unter Einsatz von Giftstoffen erfolgt. Der Abbau von Rohstoffen für die Produktion nachhaltiger Technologien wie Sonnenkollektoren oder Windturbinen erfolgt nicht bei uns, sondern in Ländern des Südens. Damit werden mögliche negative Umweltfolgen externalisiert. Daher sind in Bezug auf Verbesserungen bei Ressourcenverbrauch und Emissionen nur weltweite Statistiken aussagekräftig, denn die umweltschädliche Produktion wird zunehmend von den reichen Industrieländern in

[13] http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimabericht-des-klimarats-ipcc-die-folgen-des-klimawandels-a-961557.html
[14] Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München, 2011: S.82-89.

den Globalen Süden verlagert. Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist weiterhin wichtig und unverzichtbar. Es soll aber gezeigt werden, dass die grüne Wende allein die Frage der globalen Gerechtigkeit noch nicht löst, wenn der Energiebedarf in absoluten Zahlen weiterhin unvermindert ansteigt, weil auch „nachhaltiges Wachstum“ nicht ohne konfliktträchtige Stoffe auskommt.

Neben dem Materialverbrauch ist vor allem der hohe Flächenverbrauch bei „grüner“ Energiegewinnung problematisch. Der Anbau von Agrotreibstoffen soll dazu beitragen, die hohen Treibhausgasemissionen zu senken. Der großflächige Anbau von Energiepflanzen wie Zuckerrohr, Soja und Ölpalmen in Ländern des Globalen Südens verschärft aber Konflikte um Land. So werden die Mobilitätsbedürfnisse der globalen Mittel- und Oberschichten befriedigt, während kleinbäuerliche Anbauflächen für die lokale Versorgung verloren gehen und große Flächen von Regenwald abgeholzt werden. In Wales versorgt ein Biomassekraftwerk seit 2012 ein Drittel der dortigen Haushalte mit Strom. Das hierzu benötigte Holz wird aus Mosambik importiert, wo dafür jährlich ein Gebiet von 100.000 Hektar Wald abgeholzt wird. Durch seine Umzäunung wird der lokalen Bevölkerung die Möglichkeit genommen, dort zu leben und Feuerholz sowie Nahrungsmittel aus dem Wald zu beziehen.[15] Der wachsende Warenwohlstand auf der Grundlage eines erhöhten Umweltverbrauchs führt zu einer Flächenkonkurrenz zwischen Globalem Norden und Süden, der von manchen bereits als „Klimakolonialismus“ bezeichnet wird. Scheinbar brachliegende Flächen werden in Biospritplantagen umgewandelt oder für industrielle Großprojekte genutzt. Die Vorstellung vom „leeren Land“ entspringt aber einem westlichen Blick, der nicht wahrnimmt, dass diese Gebiete sehr wohl die Lebensgrundlage der dort ansässigen Bevölkerungsgruppen darstellen.

Solange Wachstum das grundlegende Ziel des Wirtschaftens bleibt, müssen Kosten externalisiert, d.h. auf andere ausgelagert werden. Der Umstieg auf ökologisch nachhaltige Energien bei Beibehaltung des Wachstumszwangs ändert nichts daran, dass die Natur zu einem Handelsobjekt gemacht und für wirtschaftliche Interessen ausgebeutet wird, auch wenn dadurch lokale AkteurInnen ihrer Existenzgrundlagen beraubt werden. Natürliche Ressourcen wie Land, Wasser oder Nahrungsmittel sind gemeinschaftliche Güter, die erhalten und für alle zugänglich bleiben müssen. Für eine gerechte Verteilung dieser Gemeingüter braucht es politische Rahmenbedingungen, die nicht über den Markt ausgehandelt werden. Das Beispiel des weltweiten Handels mit Emissionsberechtigungen zeigt die absurden Folgen marktförmiger Nutzungsregeln: wer es sich leisten kann, darf durch den Kauf von Emissionsrechten die Umwelt auf Kosten anderer verschmutzen. Natürlich geht es zu Lasten der Erdatmosphäre, wenn Unternehmen durch unbegrenzten CO2-Ausstoß ihre Produktivität erhöhen und die Kosten auf die Gemeinschaft abwälzen, die schließlich die Folgen der Übernutzung zu tragen hat. Wenn die Ressource einen „Preis“ bekommt, der über den Markt reguliert wird, wird aber nichts an der ökonomischen Handlungsrationalität der Profitmaximierung verändert. Ähnlich wie bei der Ökonomisierung der Sorgearbeit führt auch die „Internalisierung“ der ökologischen Kosten in die Marktökonomie zu einer Ausbreitung des Kosten-Nutzen-Denkens auf Bereiche, die sinnvollerweise nicht nach der Logik der individuellen Profitmaximierung funktionieren können. Wenn unbezahlte Sorgearbeit oder die Natur einen Marktwert zugeschrieben bekommen, werden sie der ökonomischen Rationalität unterworfen, die hierarchische Struktur der Geschlechterverhältnisse wird dadurch nicht verändert. Die Umwelt ist ein Gemeingut, auf das alle Gesellschaftsmitglieder Anspruch und Anrecht haben. Die Verantwortung für ihren Erhalt und der gerechte Zugang zu ihren Ressourcen müssen gemeinschaftlich und demokratisch organisiert werden. Dazu braucht es Obergrenzen für den Ressourcenverbrauch, die politisch festgelegt werden, anstatt Klimaschutz über den Markt zu regeln.

[15] Habermann, Friederike: Der unsichtbare Tropenhelm. Wie koloniales Denken noch immer unsere Köpfe beherrscht. Klein Jasedow, 2013: S.93.

Infobox: **Ernährungssouveränität**

Ernährungssouveränität wird erstmals 1996 in einer Erklärung von Bauern- und Bäuerinnenorganisationen und NGOs anlässlich des Welternährungsgipfels in Rom erwähnt. Vor allem die internationale Organisation La Via Campesina entwickelt sie als Gegenkonzept zur industrialisierten und exportorientierten Landwirtschaft. „Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung, nachhaltig und unter Achtung der Umwelt hergestellt. Sie ist das Recht auf Schutz vor schädlicher Ernährung. Sie ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und transnationalen Konzerne“, heißt es in der „Nyéléni–Deklaration für Ernährungssouveränität“, die im Februar 2007 in Mali von 500 TeilnehmerInnen des ersten internationalen Forums zur Ernährungssouveränität verabschiedet wurde.

VerfechterInnen der Ernährungssouveränität sehen ihre Märkte durch Billigimporte zerstört; sehen, wie ihnen die Privatisierung von Ressourcen buchstäblich das Wasser abgräbt und machen die Erfahrung, dass sie zum Beispiel wegen internationaler Patentrechtsabkommen nicht mehr ihr eigenes Saatgut verwenden dürfen. Stattdessen melden Biotechnologiekonzerne immer wieder neue Patente auf Pflanzen an, deren genetischer Code dann sprichwörtlich in ihr „Eigentum“ übergeht. Ernährungssouveränität bewertet den Boom der so genannten „Bio“-Energie als Bedrohung für die bäuerliche Existenz und eine menschenwürdige Ernährung, denn die Energiepflanzen werden in großflächigen Monokulturen angebaut. Ernährungssouveränität steht gegen das globale Agrarkonzept der Welthandelsorganisation und das der großen, industrialisierten Agrarexportnationen. Wasser, Saatgut und Land sollen von den NahrungsmittelproduzentInnen frei genutzt werden können, dem Zugriff und der Kontrolle durch große Konzerne entzogen werden. Die brasilianische Landlosenbewegung MST z.B. führt Landbesetzungen auch mit SlumbewohnerInnen durch, um dort anschließend Landwirtschaft zu betreiben.

nach Gerhard Klas: Ernährungssouveränität. In: Ulrich Brand u.a. (Hg.): ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft. Hamburg, 2012: S.80f.

Wirtschaft FAIRändern – solidarisch leben

Die wachstumsbasierte Expansionslogik, mit möglichst niedrigen Kosten immer höhere Gewinne zu erzielen, funktioniert nur, solange nicht alle daran teilhaben. Wenn im Jahr 2050 die gesamte, bis dahin auf geschätzte neun Milliarden Menschen angewachsene Weltbevölkerung das heutige materielle Wohlstandslevel der OECD-Länder erreichen sollte, müsste die Weltwirtschaft um das Fünfzehnfache anwachsen, bis zum Jahr 2100 gar um das Vierzigfache. Im Vergleich zum Jahr 1950 wäre das globale BIP dann 200 Mal größer. Ein derartig hohes Wirtschaftswachstum und damit verbundener globaler Wohlstand sind keine realistischen Szenarien. Wenn der Trend und das Tempo beibehalten werden, wird die Weltwirtschaft im Jahr 2100 80 Mal größer sein als 150 Jahre zuvor, und selbst das ist angesichts des hohen Ressourcenverbrauchs und der steigenden Umweltkosten vom ökologischen Standpunkt aus nicht wünschenswert.[16] Somit befinden wir uns in einem Wachstumsdilemma: einerseits ist Wachstum nicht nachhaltig und verstärkt die soziale Ungleichheit, andererseits wird eine schrumpfende Wirtschaftsleistung stets als Krise erlebt, die einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und Wohlstandseinbußen vor allem für die unteren Schichten nach sich zieht. Frauen sind davon überdurchschnittlich negativ betroffen, weil sie die Kürzung öffentlicher Dienstleistungen und die Einkommensverluste mit unbezahlter Mehrarbeit ausgleichen. Wie ist dieses Dilemma zu lösen, wie kann eine Alternative zur scheinbaren Ausweglosigkeit zwischen „wachsen oder weichen“ gefunden werden?

Die ökologische und die feministische Kritik an der wachstumsorientierten Wirtschaft thematisieren eine ähnliche Problematik: die Externalisierung von Kosten auf Menschen und Natur. Anstatt Ökologie und Soziales gegeneinander auszuspielen, macht es Sinn, beide Fragen als unauflösbar miteinander verbunden zu betrachten. Natürlich hätte unter den gegenwärtigen Bedingungen eine stark reduzierte Wirtschaftsleistung einen massiven Anstieg von Frauenarmut zur Folge. Das heißt aber nicht, dass die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum aus Frauenperspektive plausibel ist. Es zeigt vielmehr, dass eine bloße Mehr-oder-weniger-Logik für die notwendige Senkung von Ressourcen- und Energieverbrauch und die gerechte Verteilung des vorhandenen Wohlstands nicht ausreichend ist, sondern dass es eine andere Form des Wirtschaftens braucht. Anders wirtschaften heißt zuerst Politik anders zu denken und die wirtschaftliche Effizienzlogik nicht auf sie zu übertragen. Ein sozial-ökologischer Wandel hin zu einer nachhaltigen und lebenswerten solidarischen Gesellschaft nimmt daher gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse und soziale Ungleichheiten in den Blick. Demokratie bedeutet, die Lebensqualität des eigenen Alltags mitzubestimmen und Chancen auf Entfaltung und Würde nutzen zu können. Immer mehr Bereiche unserer Gesellschaft werden entdemokratisiert und damit privatisiert, was einer Unterordnung des Solidarprinzips unter die „Sachzwänge“ der Standort- und Wettbewerbskonkurrenz gleichkommt. Wenn Menschen aktiv an Entscheidungsprozessen darüber teilhaben, wie ihre Arbeitsplätze, ihre Städte oder ihre Verkehrssysteme aussehen sollen und wie mit der Natur umzugehen ist, verwirklichen sie ihr Recht auf Gestaltung des Öffentlichen und übernehmen gesellschaftliche Verantwortung.

Infobox: **Neoliberalismus**

Der Neoliberalismus entstand als Reaktion auf das Versagen der liberalen Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-1932. Der Neoliberalismus als modernisierte und radikalisierte Variante des klassischen Wirtschaftsliberalismus beinhaltet die Deregulierung der Arbeitsmärkte, die steuerliche Entlastung von Unternehmen und Vermögenden sowie eine an den Interessen der G7/G8-Staaten und transnationalen Konzernen ausgerichtete Weltmarktintegration der Entwicklungsländer. Es definiert die Marktgesellschaft als zivilisatorischen Endpunkt menschlicher Geschichte und zielt fundamental auf eine „Entthronung der Politik“. Konsequent reduziert sich das Freiheitsversprechen der Neoliberalen auf die Freiheit der Marktteilnahme. Der neoliberale Staat ist keineswegs ein schwacher oder „schlanker“, sondern durchaus ein starker Staat, wenn es um die Sicherung der wirtschaftsliberalen Grundsätze und der daraus erwachsenden Machtverhältnisse geht. Seit Ende der 1970er ist der Neoliberalismus sukzessive zur dominierenden Ideologie eines weltweiten Kapitalismus geworden und hat sich als hegemonialer Rat- und Stichwortgeber der politischen EntscheidungsträgerInnen etabliert.
nach Ralf Ptak: Neoliberalismus. In: Wissenschaftlicher Beirat von attac (Hg.): ABC der Globalisierung. Von „Alterssicherung“ bis „Zivilgesellschaft“. Hamburg, 2005: S.132f.

Nachhaltige Lebensstile und demokratische Entscheidungsmacht

Das Konzept der sogenannten „Postwachstumsökonomie“, das an der Universität Oldenburg in den letzten Jahren erarbeitet und europaweit diskutiert wurde, ver-

[16] Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München, 2011: S.34f.

steht sich ebenfalls als Teil des Suchprozesses nach einer Wirtschaft, die ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts stabile Versorgungsstrukturen bietet. Die Postwachstumsökonomie setzt aber nicht bei einer Analyse der ungleichen Macht- und Eigentumsverhältnisse an, sondern vertritt hauptsächlich Suffizienz- und Subsistenzstrategien. Aber kann ein tiefgreifender Wandel des gewinnorientierten Wirtschaftssystems tatsächlich durch mehr individuelle Genügsamkeit erreicht werden? Der deutsche Ökonom Niko Paech als bekanntester Vertreter der Idee einer Postwachstumsökonomie schlägt zur Schrumpfung der Wirtschaft weniger Konsum und „Befreiung vom Überfluss" vor. Maßvollere Lebensstile ermöglichen die Entrümpelung all dessen, was ohnedies nur zur Konsumverstopfung unseres Alltags beiträgt. Suffizienz bedeutet für ihn daher nicht Verzicht, sondern „wenige Dinge intensiv zu genießen, statt sich mit so vielen Dingen zu umgeben, dass kein Genuss mehr möglich ist." [17] Zusätzlich soll ein Rückbau der industriellen Produktion durch die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Selbstversorgung erfolgen. Denn kürzere Wertschöpfungsketten funktionieren weniger kapitalintensiv und unterliegen so einem geringeren Zwang zu Profitmaximierung und Wachstum. Der niedrigere Kapitalbedarf in der Produktion wird durch einen höheren Einsatz von menschlicher Arbeit kompensiert, die geschrumpfte Wirtschaftsleistung gewissermaßen durch das Hinzufügen von eigenem wertschöpfenden Tätigsein „veredelt". Wer mehr selber produziert, Dinge repariert und mit anderen kooperiert, wird weniger abhängig von Geldeinkommen. Dann könne die Arbeitszeit verkürzt und die Wirtschaft geschrumpft werden, ohne dass die Einkommensverluste als wohlstandsmindernd erfahren würden. Paech betont in seinem Konzept, dass die globalisierte Weltwirtschaft in einer stark minimierten Form weiterhin all die grundlegenden Gütern liefern solle, die nicht in lokaler oder regionaler Produktion hergestellt werden können. Das Modell der Postwachstumsökonomie stellt somit eine Kombination von sich ergänzenden Wertschöpfungssystemen dar, die von Subsistenzwirtschaft über eine deglobalisierte Regionalökonomie bis hin zur globalen, arbeitsteiligen Wertschöpfung als Restgröße reichen.

Der Aufruf zu mehr individuellem Verzicht bewirkt aber keine strukturelle Veränderung bestehender Ungleichheiten und kann sich vor allem nicht an Einkommensklassen richten, die bereits nichts mehr zu reduzieren haben. Der Ausstieg aus der Wachstumsgesellschaft ist eben nicht nur eine individuelle Entscheidung, sie setzt auch Strukturen voraus, die Wohlstand und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben nicht von den materiellen Möglichkeiten der Einzelnen abhängig machen, indem öffentliche Güter und Dienstleistungen, vom öffentlichen Verkehr bis hin zu einer guten Care-Infrastruktur, allen zugänglich sind. Nachhaltige Energie- und Mobilitätssysteme, langlebige Produkte, gute und leistbare Bildungs-, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, mehr Anerkennung für Menschen in Sozial- und Sorgeberufen: diese Maßnahmen müssen finanziert werden und setzen eine Veränderung der Eigentums- und Einkommensverhältnisse voraus. „Wege aus der Krise", eine Allianz aus mehreren österreichischen zivilgesellschaftlichen Organisationen (ATTAC, KABÖ, Global 2000 u.a.), erarbeitet seit 2010 ein zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget. Dieses schlägt steuerpolitische Maßnahmen wie die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, die Einführung von Steuern auf Kapitaleinkommen und die höhere Besteuerung von Ressourcen vor, um soziale Ungleichheit zu verringern und flächendeckende öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren.

Das Argument, all diese Maßnahmen könnten nur durch höheres Wachstum erreicht werden, setzt implizit voraus, dass eine Umverteilung der Vermögen tabu ist. Der Kuchen des gesellschaftlichen Reichtums in den Industriestaaten kann nur nachhaltig verkleinert werden, wenn er anders verteilt wird. Sonst wird eine Schrumpfung der Wirtschaft als Krise erfahren, die zuallererst auf dem Rücken von Frauen ausgetragen wird. Weniger Wachstum und damit sinkende Löhne sind unter den gegebenen Bedingungen keine Option für bereits jetzt Schlechterverdienende.

„Grüne" Lebensstile und Konsumverzicht allein führen noch nicht zur Aufhebung der Trennungsstruktur zwischen Produktion und sogenannter Reproduktion, zur Aufwertung und gerechten Verteilung von Sorgearbeit, zu gesicherten Lebensgrundlagen und humanen Arbeitsverhältnissen für Männer und Frauen. Ein sozial-ökologischer Wandel umfasst strukturelle Umgestaltung, wie eine stabile und gerechte Verteilung der Einkommen und eine Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse. Die vielfältigen Initiativen für nachhaltigen und fairen Konsum sind Vorreiterprojekte, die mit ihrer Sensibilisierungs- und Bewusstseinsarbeit politische Veränderungen im Großen erst ermöglichen. Wenn wir uns aber nur als KonsumentInnen verstehen, anstatt auch demokratische Entscheidungsmacht einzufordern und fairen sowie sozial verträglichen Handel mit politischen Regelungen festzuschreiben, zeigt das, wie eingeschränkt wir mittlerweile unsere Handlungsmöglichkeiten sehen. Denn die Mitsprachemöglichkeiten mittels „Politik mit dem Einkaufskorb" hängen von der eigenen

[17] Niko Paech: Lob der Reduktion. Maßvolle Lebensstile. In: oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation (Hg.): Vom rechten Maß. Suffizienz als Schlüssel zu mehr Lebensglück und Umweltschutz. München, 2013: S.21.

Kaufkraft ab und überlassen die Frage, in welcher Welt wir leben wollen, dem Markt und seinen „Gesetzen“ von Angebot und Nachfrage.

Commons: Was allen gehört

In den letzten Jahren ist eine Bewegung entstanden, die im Anschluss an die Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom die Bedeutung von Gemeingütern für eine gerechte Gesellschaft betont und in vielfältigen Projekten gemeinschaftliche Nutzungsformen erarbeitet. Der Begriff „Commons“ bezeichnet Gemeingüter, die keine Waren sind, sondern die mithilfe gemeinschaftlich organisierter Regelungen hergestellt, erhalten und gesellschaftlich zugänglich gemacht werden sollen. Im Gegensatz zu öffentlichen Gütern werden Gemeingüter von den Beteiligten selbst verwaltet. Die Idee der Commons beinhaltet daher die Vorstellung einer sozialen Vereinbarung darüber, wie mit den Gütern umgegangen wird, die allen zur Verfügung stehen sollen. Gemeingüter wie Wasser, Boden, Saatgut, die globalen Fischbestände oder die Erdatmosphäre stehen prinzipiell allen zu, ihr Zugang und die Verantwortung für ihren Erhalt sollen daher nicht vom Markt bestimmt werden. Denn wenn Commons zum „Kauf“ angeboten werden, droht ihre Übernutzung.

Die Debatte über Commons kennzeichnet eine Kritik an der vorherrschenden ökonomischen Rationalität, welche Konkurrenz über Kooperation und den individuellen Vorteil über das Gemeinwohl stellt. Sie richtet sich vor allem gegen die fortschreitende Privatisierung gesellschaftlicher Bereiche, die mit einem Verlust von Mitbestimmung verbunden ist. Wenn die neoliberale Vorstellung von Eigenverantwortlichkeit das Solidarprinzip ersetzt und der Staat zunehmend auf seine Funktion als Garant der Wettbewerbsfähigkeit reduziert wird, geht der politische Raum als die öffentliche Sphäre verloren, in der demokratische Entscheidungen ausgehandelt werden. „Commoning“, d.h. gemeinsames Handeln und Kooperieren zwischen Menschen zum Erhalt der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, ist eine Praxis der Wiederaneignung des privatisierten Öffentlichen. Statt einer nachträglichen Umverteilung besteht die Commons-Bewegung auf direkte Teilhabe.

Auch der öffentliche Raum ist ein Common. Diese Betrachtungsweise stellt die Frage, wer den öffentlichen Raum benutzen darf und wer davon ausgeschlossen wird. Wie unsere Städte und Gemeinden, Plätze und Straßen gestaltet werden, hat Einfluss darauf, wem sie dienen. Werden diese Räume hauptsächlich zu Konsumzwecken vereinnahmt, werden sie an den Bedürfnissen derer ausgerichtet, die am Konsum teilnehmen. Einkaufszentren, Fitnesscenters, Schanigärten und touristische Attraktionen zum Anlocken kaufkräftiger Reisegruppen sind dann möglicherweise so flächendeckend, dass kostenlose Erholungsmöglichkeiten oder konsumfreie Zonen rar werden. Das trifft neben materiell benachteiligten Bevölkerungsschichten vor allem BettlerInnen, denen die Benutzung des öffentlichen Raums verweigert wird.

Der Widerstand gegen die Privatisierung des Öffentlichen, der im Commons-Konzept steckt, begleitet auch Kämpfe im Globalen Süden gegen die Übernutzung der natürlichen Ressourcen und damit der Lebensgrundlagen der dort lebenden Gemeinschaften. In Cochabamba in Bolivien hat sich die Bevölkerung im Jahr 2000 erfolgreich gegen die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung gewehrt, die eine Erhöhung der Wasserpreise um bis zu 300 Prozent zur Folge hatte und die direkte Entnahme von Wasser aus Quellen und Flüssen unterband. Im sogenannten „Wasserkrieg“ wurde durch massive Proteste und Straßenblockaden der Rückzug des multinationalen Wasserkonsortiums erzwungen und die Privatisierung rückgängig gemacht. Strategien der Armutsbekämpfung, die auf nachträglicher Umverteilung der zuerst in Beschlag genommenen Gemeingüter basieren, bekämpfen lediglich die Symptome der kapitalistischen Verwertungslogik. Das Potential der Commons-Idee für entwicklungspolitische Strategien besteht darin, direkte Kontrolle über lokale Lebenszusammenhänge und damit Primärverteilung zu fordern, also Ermächtigung durch Zugänge.

In der neuen Commons-Bewegung entstehen vor allem in städtischen Räumen des Globalen Nordens offene Werkstätten, öffentliche Bücherschränke, Gemeinschaftsgärten oder Umsonstläden, in denen Dinge verschenkt, repariert, gemeinschaftlich genutzt oder zur Verfügung gestellt werden. Der Grundgedanke dahinter ist, bestimmte Güter nicht wie Waren zu behandeln, sondern für die direkte Nutzung zugänglich zu machen. Prinzipiell gilt: Commons sind nicht einfach gegeben, sie werden zu solchen gemacht, wenn Menschen die Vereinbarung schließen, ihre Herstellung und Nutzung selbstorganisiert zu regeln. So können Dinge, Fähigkeiten oder Wissen zu einem Common werden, wenn sie nicht für den Markt, sondern für die gemeinschaftliche Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Frei zugängliche Software oder Musik sind solche Beispiele.

Das Commons-Konzept zielt darauf ab, den Kuchen anders zu verteilen und ihn auch anders zu „backen“. Es stellt die Frage, wer mitentscheiden darf, wo investiert wird, wie produziert wird, welche Logik unser Handeln antreibt. Dabei muss es auch darum gehen, in bestehenden Strukturen die Idee der Selbstorganisation und

Infobox: **Ecommony**

Die Ökonomin Friederike Habermann formuliert in ihrem Modell der Ecommony vier Charakteristiken im Umgang mit einem Gut, die dieses zu einem Common machen:

- Besitz statt Eigentum
- Teile, was du kannst
- Beitragen statt tauschen
- Freiwilligkeit

Selbstverwaltung zu stärken. Verbleiben Commonsprojekte in ihren Nischen, laufen sie eher Gefahr, den Staat zu ersetzen und aus seiner Verantwortung zu entlassen. Die Umgestaltung von Staats- und Marktstrukturen hin zu Instrumenten, welche die Praxis des Commoning ermöglichen und fördern, muss das Ziel des Prozesses sein, damit auch große soziale Infrastrukturen wie Bildungseinrichtungen, öffentlicher Verkehr oder Krankenhäuser nach demokratischen und versorgungsorientierten Kriterien umgestaltet werden. Kleinteilige Initiativen und Experimente schaffen aber Handlungsräume, in denen andere Selbstverständlichkeiten jenseits des homo oeconomicus erprobt werden können und die in vielen kleinen Transformationsprozessen die Bereitschaft stärken, den Staat, die Gemeinden, die Banken in die Pflicht zu nehmen, ihre Funktion als ermöglichende Akteure zu erfüllen, die den Rahmen für handlungsfähiges Commoning setzen.

Sorgearbeit als Common

Die Gemeinde Eichstetten in Baden-Württemberg hat beschlossen, den „Generationenvertrag“ zu vergemeinschaften und alle Pflegeleistungen ins Gemeinwesen einzubetten. Die Bürgergemeinschaft Eichstetten wurde als Trägerverein der kommunalen Sorgeleistungen gegründet, die von Betreutem Wohnen über teilstationäre Einrichtungen bis hin zu Tagesgruppen reichen. Die Hälfte aller Haushalte ist Mitglied der Bürgergemeinschaft. Diese funktioniert selbstorganisiert und wird von einem „Bürgerbüro“ koordiniert, ist aber eng mit öffentlichen Strukturen wie der Gemeinde und der Pflegeversicherung verbunden. Commons existieren nicht einfach, sie werden zu solchen gemacht. Die Entscheidung, dass die Versorgung alter Menschen nicht individuelle Verantwortung ihrer Kinder ist, die den Ort vielfach vor Jahren verlassen haben, macht Sorgearbeit in Eichstetten zu einem Common. Sorgearbeit wird im Konzept der EichstetterInnen nach qualitativen Gesichtspunkten bewertet. Die BewohnerInnen sollen noch im Alter gut im Dorf leben können, Sorge wird als Pflegen in Beziehung und Zeit-Haben verstanden. Auch die Planung des Projekts wurde gemeinschaftlich in zahlreichen Arbeitskreisen organisiert. Die geschlechtlich geprägte Arbeitsteilung bleibt auch in diesem Projekt bestehen: vor allem Frauen übernehmen die Betreuungs- und Pflegeaufgaben der Bürgergemeinschaft, die eine Mischung aus bürgerschaftlichem Engagement und Zuverdienst darstellen. Dennoch wird mit der Erweiterung der Commonsdebatte auf Care-Arbeit das Unsichtbare sichtbar gemacht und in den Mittelpunkt gerückt. So wird die Diskussion um gemeinschaftliche Güter und Leistungen auch auf die sogenannte reproduktive Sphäre bezogen und die soziale Dimension von Commons gezeigt.[18]

Erst wenn ein gutes Leben durch eine öffentliche Infrastruktur gesichert ist, ist eine Reduktion von Erwerbsarbeit ohne Wohlstandsverluste und eine Neuverteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit vorstellbar. Dann kann Arbeitslosigkeit bei einer nicht-wachsenden Wirtschaftsleistung verhindert und das „Recht auf Suffizienz“ verwirklicht werden, das die Politikwissenschaftlerin Uta von Winterfeld einfordert. Sie stellt dem kommerzgetriebenen Zwang zu Mehrarbeit und zu Mehrkonsum das Recht auf einen nachhaltigen Lebensstil und Zeitwohlstand entgegen, denn der Wachstumszwang stößt auch an psychische Grenzen.

Solidarische Ökonomie

Eng verbunden mit der Idee der Gemeingüter ist der Begriff der Solidarischen Ökonomie. Solidarische Ökonomie „bezeichnet Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen.“ [19] Es handelt sich um eine Form des Wirtschaftens, die sich von der herrschenden Kapitallogik zu emanzipieren versucht und auf Kooperation, Freiwilligkeit und Nutzenorientierung statt Gewinnorientierung beruht. „Das Prinzip der Solidarität steht dabei im Gegensatz zur Orientierung an Konkurrenz, zynischer Eigenverantwortung und Gewinnmaximierung in kapitalistischen Marktwirtschaften. Solidarität in der Wirtschaft bedeutet, sich an den Bedürfnissen der KooperationspartnerInnen zu orientieren.“ [20] Projekte solidarischer Ökonomie existieren in verschiedenen Ländern und Regionen in vielfältigster Form, von selbstverwalteten Betrieben über alternative Finanzierungseinrichtungen wie solidarische Kreditfonds bis hin zu Energiegenossenschaften oder gemeinschaftlichen Wohnprojekten und Ökodörfern Gemeinsam sind ihnen folgende Merkmale:

- Selbstverwaltung: gemeinsame Nutzung von Eigentum und Gütern, gleichberechtigte Kooperation, demokratische Entscheidungsprozesse und gleiches Mitspracherecht aller Beteiligten: damit fallen ehemals getrennte Rollen wie ArbeitnehmerIn vs. ArbeitgeberIn oder MieterIn vs. VermieterIn zusammen
- Gemeinwesenorientierung: solidarökonomische Projekte zielen nicht auf den wirtschaftlichen Vorteil der organisierten Gruppe, sondern müssen verallgemeinerungsfähig sein; Orientierung an den Bedürfnissen derer, die nicht in die betrieblichen Entscheidungen einbezogen sind, die aber deren Folgen zu tragen haben (AnrainerInnen, nachfolgende Generationen etc.)

[18] Uta v. Winterfeld u.a.: Welche Rolle können Commons in Transformationsprozessen zu Nachhaltigkeit spielen. Wuppertal, 2012. http://epub.wupperinst.org/frontdoor/index/index/docId/4480, S.39f.

[19, 20] Sven Giegold/Dagmar Embshoff: Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. In: Dies.(Hg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalimus. Hamburg, 2008: S.12.

- Nachhaltiges Wirtschaften: Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte z. B. bei Ressourcennutzung, langfristige ökonomische Orientierung

Auch in Europa findet sich eine Vielzahl gemeinschaftlich organisierter wirtschaftlicher Initiativen, als bekannteste und größte gilt die Genossenschaft Mondragón im spanischen Baskenland mit über 80.000 Mitgliedern, davon 45 % Frauen. Dennoch sind die meisten Initiativen klein und lokal stark verankert. Zentral ist der Gedanke der innerbetrieblichen demokratischen Organisation. Damit wird „Commoning" auch im Bereich der Ökonomie gelebt. Nicht jedes gemeinnützige oder sozial orientierte Unternehmen kann daher als solidarökonomisch gelten, solange es weiterhin hierarchisch organisiert ist und die MitarbeiterInnen in die Entwicklung des Unternehmens nicht stimmberechtigt einbezogen werden.

Die wirtschaftliche Selbstorganisation auf Basis des Solidarprinzips ist gelebter Widerstand gegen das neoliberale Dogma der Gewinnmaximierung und die damit verbundene Politik der „Sachzwänge". Ziel und Motiv ihres Wirtschaftens ist nicht die Kapitalverwertung, sondern die Schaffung von Wohnraum, Arbeitsplätzen oder Produkten. Solche solidarischen Formen des Arbeitens und Lebens entstanden in den sozialen Bewegungen für Wiederaneignung in Lateinamerika, wo Land, Fabriken und leerstehende Gebäude besetzt wurden, um sie der gemeinschaftlichen Nutzung zugänglich zu machen. In mehreren lateinamerikanischen Ländern findet der Aufbau eines solidarwirtschaftlichen Sektors heute staatliche Unterstützung, so existiert in Brasilien seit 2003 ein eigenes Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie (SENAES). 2006 wurden in Brasilien 22.000 solidarökonomische Projekte mit 1,6 Millionen Beteiligten gezählt, die im Gegensatz zu den schwach vernetzten europäischen Ansätzen solidarischer Ökonomie eine organisierte soziale Bewegung darstellen.

Die indische Frauengewerkschaft SEWA (Self Employed Women's Association) setzt sich seit ihrer Gründung 1972 dafür ein, durch Selbstorganisation von Frauen im informellen Sektor deren Eigenständigkeit und soziale Sicherheit zu erhöhen. Über 90 % der indischen Frauen arbeiten im informellen Sektor, als Landarbeiterinnen, Kautschuksammlerinnen, Stickerinnen usw. SEWA ist für diese bisher unorganisierten und „unsichtbaren" Arbeiterinnen gleichzeitig Gewerkschaft und Kooperativenverbund. Frauen bilden innerhalb ihrer Branche Zusammenschlüsse, die sie selbst organisieren und kontrollieren, und verbessern durch Kooperation untereinander ihre soziale, politische und ökonomische Situation. Inzwischen umfasst SEWA über 100 Kooperativen mit insgesamt 1,3 Millionen Mitgliedern. Alle SEWA-Gruppen gehören den beteiligten Frauen selbst. Sie zahlen einen jährlichen Mitgliedsbeitrag und nutzen die gemeinsamen Einrichtungen der Assoziation, wie eine Genossenschaftsbank, eine eigene Versicherung und eine Akademie. Das Ausschalten der Konkurrenz und der Austausch von Fertigkeiten zwischen Heimarbeiterinnen, Straßenverkäuferinnen und Arbeiterinnen im Produktions- und Dienstleistungssektor hat die Position der Frauen gestärkt. In vielen Bereichen konnten politische Forderungen wie höhere Löhne und Sozialversicherung für den Sektor durchgesetzt werden.[21]

Gemeinschaftliche Unternehmensformen widerlegen die vermeintliche Alternativlosigkeit des neoliberalen Denkens. Kritisiert wird an ihnen, dass sie als „Selbsthilfeprojekte" den Rückzug des Staates legitimieren könnten. Tatsächlich ersetzt solidarische Unterstützung unter oftmals prekären Bedingungen nicht verbindliche Regulierungen und soziale Rechte für alle. Solidarökonomische Ansätze, wie sie etwa auch Fair Trade-Projekte verwirklichen, stellen Keimformen einer anderen Gesellschaft dar, die die Bereitschaft für nicht-profitorientierte Alternativen fördern können. Ihr Ziel muss aber die Veränderung auch der staatlichen Politik bleiben, damit konkrete Maßnahmen der Regulierung von Handels- und Finanzpolitik eine solidarische Wirtschaftsordnung ermöglichen.

Infobox: **Der Genossenschaftsverbund Mondragón: Solidarische Ökonomie in der Praxis**

Der Genossenschaftsverbund Mondragón ist die zehntgrößte Unternehmensgruppe Spaniens und umfasst 110 genossenschaftlich organisierte Firmen, die untereinander kooperieren. Sinken in einem Unternehmen die Aufträge, werden die Beschäftigten nicht abgebaut, sondern vorübergehend innerhalb des Verbunds ausgetauscht. Als Genossenschaftsmitglieder sind die ArbeiterInnen selber auch EigentümerInnen und nehmen an innerbetrieblichen Entscheidungsprozessen teil. Das schafft Vertrauen, weil die Erhaltung der (eigenen) Arbeitsplätze so im Interesse aller liegt, im Gegensatz zu Kapitalgesellschaften, die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine Schließung oder Verlagerung an billigere Standorte erwägen. Mondragón verfügt über eine eigene Bank, deren Kreditvergabe solidarisch geregelt ist. Die Höhe der Zinsen richtet sich nach der Situation der jeweiligen Genossenschaft, wirtschaftlich angeschlagene Firmen zahlen niedrigere Zinsen als hochprofitable. Zusätzlich zahlen alle Genossenschaften einen Teil ihrer Gewinne in einen Solidarfonds für finanziell gefährdete Unternehmen ein. Der Fall Mondragón zeigt aber auch die Widersprüche solidarischer Ökonomie in einem profitorientierten Umfeld. Die Marktöffnung Spaniens durch den EU-Beitritt setzte Mondragón dem globalen Konkurrenzkampf aus, man entschloss sich zu ersten Niederlassungen im Ausland. Mittlerweile umfasst die Unternehmensgruppe ca. 180 Firmen außerhalb Spaniens, die nicht genossenschaftlich organisiert sind. *Nach Martina Groß: Die Supergenossenschaft von Mondragón. In: Le Monde diplomatique: http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/01/10/a0008.text und Tonio Martin: Demokratisch in die Krise. In: Bettina Dyttrich/Pit Wuhrer (Hg.): Wirtschaft zum Glück. Solidarisch arbeiten heute, weltweit. Zürich, 2012: S.91-104.*

[21] Joseph Keve: Die kühnen Ideen von Gandhis vielen Töchtern. In: Bettina Dyttrich/Pit Wuhrer (Hg.): Wirtschaft zum Glück. Solidarisch arbeiten heute, weltweit. Zürich, 2012: S.125-136. In diesem Buch finden sich weitere Beispiele solidarisch wirtschaftender Betriebe und Unternehmen weltweit in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Finanzen und Dienstleistungen, unter anderem auch ein Porträt der Waldviertler Schuhwerkstatt GEA.

Verwendete Literatur

Acosta, Alberto: **Die offenen Adern der Natur.** In: Südwind. Magazin für Internationale Politik, Kultur und Entwicklung. Heft 10/2012. http://www.suedwind-magazin.at/start.asp?ID=250460&rubrik=31&ausg=201210

Altvater, Elmar: **Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen.** Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster, 2009.

Altvater Elmar/Nicola Sekler (Hg.): **Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.** Hamburg, 2006.

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Hg.): **Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen.** Hamburg, 2005.

Biesecker, Adelheid u.a.: **Welche Rolle können Commons in Transformationsprozessen zu Nachhaltigkeit spielen.** Wuppertal, 2012. http://epub.wupperinst.org/frontdoor/index/index/docId/4480

Biesecker, Adelheid/Wichterich, Christa/ Winterfeld, Uta v.: **Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Hintergrundpapier.** Bremen u.a., 2012.
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Biesecker_Wichterich_Winterfeld_2012_FeministischePerspe.pdf

Böhme, Gernot: **Kritik des Wachstums.** In: Ders. (Hg.): Alternative Wirtschaftsformen. Bielefeld, 2012: S.19-28.

Brand, Ulrich: **Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien**. Hamburg, 2005.

Brand, Ulrich: **Grüner New Deal als magic bullet in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus?** In: Robert P. Brenner u.a.: Kapitalismus am Ende? Attac: Analysen und Alternativen. Hamburg, 2009: S.63-68.

Brand, Ulrich u.a.: **ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft**. Hamburg, 2012.

Bundeszentrale für Politische Bildung: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 27-28/2012: **Wohlstand ohne Wachstum?** http://www.bpb.de/apuz/139180/wohlstand-ohne-wachstum

Die Armutskonferenz (Hg.): **Was allen gehört. Commons – Neue Perspektiven in der Armutsbekämpfung.** Wien, 2013.

Dyttrich, Bettina/Wuhrer, Pit (Hg.): **Wirtschaft zum Glück. Solidarisch arbeiten heute, weltweit.** Zürich, 2012.

Exner, Andreas/Lauk, Christian/Kulterer, Konstantin: **Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern.** Wien, 2008.

Exner, Andreas u.a. (Hg.): **Kämpfe um Land. Gutes Leben im post-fossilen Zeitalter.** Wien, 2011.

Habermann, Friederike: **Der unsichtbare Tropenhelm. Wie koloniales Denken noch immer unsere Köpfe beherrscht.** Klein Jasedow, 2013.

Jackson, Tim: **Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt.** München, 2011.

Klawatsch- Treitl, Eva: **Wirtschaftsalphabetisierung als Empowermentstrategie von und für Frauen.** In: Kurswechsel Heft 4/2005: S.65-75.

Paech, Niko: **Grundzüge einer Postwachstumsökonomie.**
http://postwachstumsoekonomie.org/html/paech_grundzuge_einer_postwach.html

Simonis, Udo E. et al. (Hg.): **Mut zu Visionen: Brücken in die Zukunft** (Jahrbuch Ökologie 2014).

Wichterich, Christa: **Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung. Soziale Reproduktion und Livelihood-Rechte in der neoliberalen Globalisierung.** Wuppertal-Papers Nr.141/2004. http://d-nb.info/974861731/34

Wichterich, Christa: **Ein feministischer Blick auf Krisen, Kapital und Kosten.** In: Robert P. Brenner u.a.: Kapitalismus am Ende? Attac: Analysen und Alternativen. Hamburg, 2009: S.84-88.

Wichterich, Christa: **gleich, gleicher, ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung.** Sulzbach/Taunus, 2009.

Widerspruch Heft 62/2013: **Care, Krise und Geschlecht.** Zürich.

WIDE: **Kassasturz: Finanzkrise und Entwicklung aus feministischer Sicht. Positionspapier zur globalen sozialen, ökonomischen und ökologischen Krise**. Wien, 2010.

Projektsteckbrief: **Fundación entre Mujeres (FEM), Nicaragua**

Stärkung der Führungskapazitäten von Frauen im ländlichen Raum

Projektnummer: 231.002-F13/00278

Nicaragua gehört zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas. 43% der Bevölkerung leben von weniger als einem Dollar pro Tag. Diese hohen Armutsraten sind Ausdruck der Nichterfüllung ökonomischer Rechte. Frauen sind aufgrund der Geschlechterungleichheit verstärkt von Armut betroffen. Sie verdienen im Durchschnitt 30 % weniger als Männer und haben erschwerten Zugang zu Land und Krediten. 6 von 10 Nicaraguanerinnen arbeiten im informellen Sektor.

Im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern ist der Bildungssektor stark unterfinanziert. Die geringen staatlichen Ausgaben für Bildung und die Privatisierungstendenzen in diesem Bereich haben zur Folge, dass zwei Drittel der Bevölkerung nur die Grundschule abgeschlossen hat und fast die Hälfte der Bevölkerung zwischen sechs und 29 Jahren nicht Teil des regulären Bildungssystems ist.

Frauenrechte werden in Nicaragua wenig respektiert. Gesetze oder internationale Konventionen für die Rechte von Frauen werden in der Praxis oft nicht umgesetzt, viele Frauen kennen ihre Rechte nicht oder haben nicht die Mittel, diese juristisch einzuklagen. Dementsprechend nimmt Nicaragua im gender-relevanten Entwicklungsindex GDI von 177 Ländern den 112. Platz ein. Ungleichheit besteht vor allem in den Bereichen Ökonomie, Gesundheit und Bildung und wird durch den weit verbreiteten Machismo gestützt, der Frauen eine reproduktive Rolle zuweist und die traditionelle Rolle der Männer in der Gesellschaft bestätigt. 27 % aller verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden Frauen geben an, bereits einmal von ihrem Partner misshandelt worden zu sein.

Die Fundación entre Mujeres (FEM) mit Sitz in Estelí im Norden Nicaraguas ist eine feministische und frauenpolitisch engagierte Organisation, die 1994 gegründet wurde und mit Frauengruppen im ländlichen Raum in

Das Modellprojekt in Nicaragua

den Departements Estelí, Nueva Segovia und Matagalpa arbeitet. Ihr Ziel ist es, die Position von Frauen durch Zugang zu Land, Produktionsmitteln und Einkommen zu stärken und ihre Entscheidungsmacht in Bezug auf das eigene Leben durch strukturelle Veränderungen der ungleichen Geschlechterbeziehungen zu erhöhen. Der Begriff der Ermächtigung steht im Zentrum der Arbeit von FEM und wird „multidimensional" verstanden: die Ermächtigung von Frauen umfasst einerseits die Entwicklung von Selbstwertschätzung, eigener Meinung und Wahrnehmung der eigenen Bedürfnisse. In Lernzirkeln mit feministischen Inhalten erfahren die Frauen von ihren sexuellen und reproduktiven Rechten und sie werden ermuntert, Grenzen zu setzen und die zugeteilten Genderrollen zu hinterfragen. Ausgehend von diesem subjektiven Veränderungsprozess mündet Ermächtigung andererseits in die Veränderungen des Öffentlichen, indem Frauen ihr Recht auf Gesundheit, Bildung, Selbstorganisation, nachhaltige Wirtschaft und ein gewaltfreies Leben einfordern und durchsetzen. Insgesamt erreicht FEM fast 3.000 Frauen in ländlichen Gebieten mit ihren Programmen.

FEM setzte sich von Beginn an für die ökonomische Ermächtigung von Frauen ein, damit diese Zugang zu materiellen Ressourcen und Produktionsmitteln sowie die notwendigen Kenntnisse erhielten, um eine ökologische und autonome Landwirtschaft betreiben zu können. Frauen konnten kein Land kaufen und waren vielfältiger Diskriminierung ausgesetzt. Durch den Kauf von landwirtschaftlichen Produktionsstätten sowie durch die Vermittlung von technologischem und administrativem Wissen sollten Frauen befähigt werden, selbstbestimmt und nachhaltig für den eigenen Lebensunterhalt zu produzieren.

Mittlerweile werden in sechs Kooperativen mit 250 Mitgliedern Kaffee, Gemüse, Wein, Marmelade, Brot und

Länderinformationen zu Nicaragua

Fläche: 120.254 km2 (Ö: 83.871 km2)
EinwohnerInnen: 6.080.478 (Ö: 8.473.786)
Hauptstadt: Managua
Amtssprache: Spanisch
Lebenserwartung 74,8 (Ö: 81,1)
Human Development Index: 0,614, Weltrang 132; (Ö: 0,881; Weltrang 21)
Gender Inequality Index: 0,458 (Ö: 0,056)
Quellen: http://hdr.undp.org/en/data UNDP Human Development Report 2013; http://data.worldbank.org/country/nicaragua

andere landwirtschaftliche Produkte für lokale, nationale und internationale Märkte sowie für den Eigenbedarf produziert. FEM unterstützt die wirtschaftlichen Projekte mit technischer Beratung und Workshops, in denen Kenntnisse zu Produktion, Verarbeitung und Vermarktung, Buchhaltung und Planung vermittelt werden. Die Ausbildungsprogramme haben einen Fokus auf ökologischen Anbau und alternative Technologien, um eine nachhaltige ländliche Entwicklung zu unterstützen.

Dabei beruft sich FEM auf die Werte der solidarischen Ökonomie, die Menschen als Zentrum des Lebens und nicht als Waren sieht. Ziel der Kooperativen ist es nicht nur, den Frauen ein eigenes Einkommen zu ermöglichen, sondern gegenseitige Hilfe und die Übernahme von Verantwortung zu fördern. Die Erfahrungen von FEM zeigen, dass die Beziehungen zwischen den Frauen anfänglich von Rivalität und Konkurrenz geprägt waren. Die Teilnahme an den Projekten setzte einen Lernprozess darüber in Gang, dass diese Logik des Wirtschaftens ihre eigene Ausgrenzung aufrechterhielt und verfestigte. Die demokratische und solidarische Organisation der Kooperativen stärkt ihre Fähigkeit zur Selbstverwaltung. Die Frauen tauschen ihr Wissen über die unterschiedlichen Produktionszweige, über Vermarktung und ökologische Landwirtschaft aus und übernehmen immer mehr Verantwortung selbst, etwa in der Kaffeeproduktion und -verarbeitung, die mittlerweile völlig selbständig organisiert wird. In den zwölf beteiligten Dörfern versammeln sich die Mitglieder von FEM in eigenen lokalen Komitees, die wiederum Vertreterinnen in das Entwicklungskomitee als oberstes Entscheidungsgremium von FEM entsenden. Ein eigenes Komitee für nachhaltige Landwirtschaft kümmert sich um das Qualitätsmanagement im Biolandbau und in der landwirtschaftlichen Produktion. Durch diese Organisationsform lernen die Frauen, in der Öffentlichkeit zu sprechen, ihre Meinung zu untermauern und sich untereinander, mit Männern und politischen Autoritäten zu vernetzen. Damit bleiben sie nicht von FEM abhängig, sondern gewinnen an Eigenständigkeit. Seit 2010 übernimmt eine zentrale Kooperative die Ausbildung der Mitglieder, die Verwaltung des Kreditfonds und die Verbesserung der Produktionsinfrastruktur, z.B. in der Bewässerung und in der Saatzucht. Die Zusammenarbeit zwischen den Kooperativen erleichtert die Arbeit, indem etwa eine Trocknungsanlage und eine Kaffeerösterei gemeinsam verwendet werden oder Dünger innerhalb der Dörfer ausgetauscht wird.

Die Bildung von Kooperativen zielt darauf ab, Frauen zu Akteurinnen eines neuen sozialen Entwicklungsmodells zu machen, das auf Gleichberechtigung und einem sorgsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen beruht. Das Besondere an FEM ist der ganzheitliche Ansatz, der wirtschaftliche Veränderungen und Bildungsarbeit

© FEM

zusammendenkt. Ziel ist es nicht nur, dass Frauen neue Fertigkeiten erlernen und in Produktionsprojekten ein Einkommen erwirtschaften können, sondern dass sie vor allem ihre Situation der Unterordnung verändern. Diese Beziehungen der Ungleichheit werden von FEM nicht als individuelles Problem in einzelnen Familien, sondern als strukturelles Muster einer patriarchalen Gesellschaft begriffen. Daher wird Bildung als transformatorisches Werkzeug zur wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ermächtigung von Frauen gesehen. Auch wenn der Zugang zu Land und Krediten bereits erreicht wurde, wird ökonomische Ermächtigung beispielsweise erschwert, wenn Haushalts- und Erziehungsarbeit ausschließlich als Aufgabe von Frauen gesehen wird. Die bewusstseinsbildenden Workshops problematisieren traditionelle Geschlechteridentitäten und sensibilisieren die Frauen für ihre Rechte und für die Verantwortung des Staates, diese zu garantieren und damit eine Veränderung ihrer Lebensbedingungen zu ermöglichen.

Die strategische Verzahnung von Bildungsarbeit und ökonomischer Ermächtigung trägt ihre Früchte: die junge Generation der Frauen von FEM ist bereits gut ausgebildet und sieht durch ihre Einbindung in die Arbeit in den Kooperativen ihre berufliche Zukunft in den Dörfern. Die Abwanderung ist im Vergleich zu anderen Gemeinden sehr gering, weil die Frauen persönliche und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten haben. Auch die innerfamiliäre Gewalt hat in den Gemeinden abgenommen, in denen FEM tätig ist. Nachdem in den vergangenen Jahren bereits 1.300 Frauen in 10 Gemeinden in Alphabetisierungskursen lesen und schreiben lernten und ihren Grundschulabschluss machten, führt FEM ihre Bildungsarbeit heute auf einem höheren Niveau fort. Im Zentrum stehen die Mittelschulausbildung, universitäre Studien und Fachausbildungen für nicht-traditionelle technische Berufe wie Schweißerin, Mechanikerin oder Elektrikerin, die bislang Männern vorbehalten waren.

Interview mit **Maritza Ivania Iría** aus El Colorado, Gemeinde Pueblo Nuevo; Mitglied der Kooperative „Paz y Amor entre Mujeres“ (Friede und Liebe zwischen Frauen).

Maritza Ivania Iría

© FEM

Ich bin Mitglied des Entwicklungskomitees. Ich bin diejenige, die alle Aktivitäten der FEM in El Colorado koordiniert. Ich habe an vielen Workshops teilgenommen und habe anderen Frauen im Dorf ermöglicht, zu lernen. Und den Jungen, damit sie in der Zukunft so sind wie wir heute. Ich baue Saatgut von Grundnahrungsmitteln an. Bevor ich mit der FEM begann, baute nur mein Mann an. Früher sagte ich, dass ich Hausfrau bin. Dafür geschaffen, Kinder zu bekommen und in meinen vier Wänden zu bleiben. Aber diese FEM bringt die Frauen auf neuen Kurs. Sie hilft uns zu lernen, den Boden biologisch zu bewirtschaften. Also bin ich heute Landwirtin.

Was hat sich in deinem Leben durch FEM geändert?
Wir hatten Workshops über Geschlechterfragen, damit wir unseren Körper kennenlernen, lernen, uns als Frau wertzuschätzen. Damit wir lernen, uns selbst zu lieben, andere Frauen gerne um Unterstützung zu bitten und zu teilen. Als ich mich in der FEM organisierte, hatte ich noch einen Mann. Seit sieben Jahren bin ich ohne Mann, weil er gestorben ist. Ich bin alleinerziehende Mutter von fünf Kindern, vier Mädchen und einem Buben. Ich habe viel gelernt, denn damals sagte man uns, dass wir als Frauen nicht am Feld arbeiten können. Und jetzt weiß ich, dass ich das kann, weil ich Bäuerin bin. Es hat sich viel verändert, denn ich habe viel Wissen erworben und das gibt mir das Gefühl, eine Frau mit großem Wert zu sein. Früher war das nicht so. Um ehrlich zu sein, wenn ich früher jemanden mit Heft und Stift in der Tasche kommen sah, versteckte ich mich hinter der Türe, weil ich mich schämte. Und es bereitete mir Schwierigkeiten etwas zu sagen. Ich schämte mich sogar meinen Namen zu sagen. Heute nicht mehr.

Welche Pläne hast du für die Zukunft?
In den nächsten Jahren würde ich gerne noch mehr Wissen erlangen, um es auch den Jungen weiterzugeben. Damit die Mädchen nicht so aufwachsen, wie wir aufgewachsen sind, so ängstlich. In der Kooperative gibt es viele junge Mädchen, die schon studieren, technische Studien. Daher glaube ich, dass es Mädchen geben wird, die in den Kooperativen arbeiten. Das kann einen ziemlichen Wandel bewirken, denn wir haben die Zentrale, die Kooperativen und wir haben schon Mädchen, die bereits eine Arbeit in den Kooperativen ausüben können. Die meisten von uns Erwachsenen beenden erst jetzt die Grundschule, die Mädchen nicht, sie machen das in ihrer Jugend. Das ist ein Erfolg, ein Vorteil.

Was bedeutet das „gute Leben“ für dich?
Ein gutes Leben ist für mich .... gut, also zuallererst – ich bin organisiert und das macht mich glücklich. Weil ich mit allen Frauen zusammenlebe und teile, mit allen meinen Gefährtinnen. Ein gutes Leben bedeutet auch, dass wir unsere Rechte verteidigen, damit sie nicht mit Füßen getreten werden. Denn ein Recht, das man nicht verteidigt, ist ein Recht, das man verliert. Das ist also auch das gute Leben, als Person. Denn wenn ich alles mit mir machen lasse, kann ich kein ruhiges und glückliches Leben führen.
Gutes Leben heißt auch zu lernen, über meinen Körper zu entscheiden, und darüber, was ich tun muss. Zum Beispiel, ich baue an, bearbeite das Land, habe meine Einkünfte und entscheide, was ich damit mache. Und zu lernen zusammenzuleben, zuerst mit meiner Familie, im Haus. Zu lernen die Pflichten zu teilen, damit sie nicht nur auf mich zurückfallen, sondern damit wir sie aufteilen.

Interview mit **Maria Elena Merlo Castillo** aus Guasuyuca, Gemeinde Pueblo Nuevo; Präsidentin der Kooperative Coopeluz („Luz entre Mujeres“ = „Licht unter den Frauen“).

Ich bin die Präsidentin der Kooperative „Luz Entre Mujeres“ (COOPELUZ). Ich verstehe mich gut mit den Mitgliedern. Sie erzählen mir ihre Probleme und gemeinsam lösen wir sie. Wir haben es geschafft, uns in der Kooperative zu organisieren, aber wir wollten nicht dort stehen bleiben. Wir waren Frauen, die anbauten, aber wir mussten beginnen, unsere Produkte auch zu vermarkten.

© FEM

Maria Elena Merlo Castillo

FEM zeigte uns den Weg und mit ihrer Unterstützung organisierten wir uns. Gemeinsam mit anderen Kooperativen, die in der FEM organisiert sind, gründeten wir die Zentrale der Kooperativen „Las Diosas“ (Die Göttinnen) und im Rahmen einer Hauptversammlung wurde ich zur Präsidentin des Verwaltungsrates dieser Zentrale gewählt.

Wie hast du früher gelebt, wie lebst du heute?
Früher arbeitete nur mein Mann auf dem Feld. Ich kam nur, um ihm Mittagessen zu bringen, aber sonst war ich nicht in die Produktion einbezogen. Später sagte er zu mir, dass man hier nichts machen könne und er sagte, er würde auswandern. Er ging dann nach Costa Rica. Als er wegging, wurde es schwer für mich, denn ich war alleine mit vier Kindern. Ich musste arbeiten, damit wir zu Essen hatten. Er schickte zwar Geld, aber das reichte nicht. Daher begann

ich die Felder zu bestellen. Ich versuchte einfach, Mais und Bohnen anzubauen, damit ich das nicht kaufen musste. Ich machte das also schon früher, aber als die Organisation entstand, half mir das, mich zu befreien und zu sagen, dass ich es allein schaffen kann. Schauen Sie, heute bin ich Imkerin, ich kann meinen eigenen Bienenhonig ernten und es gibt mir etwas, dass es eine Männerarbeit ist, die ich auch machen kann. Früher lebte ich von dem Wenigen, das wir produzierten. Wir hatten Kaffee. Aber heute zum Beispiel, mit dem Problem der Rotfäule, sind wir wieder völlig abgebrannt, weil wir unsere Kaffeeplantagen verloren haben und kein Einkommen durch den Kaffee haben. Aber weil wir die Produktion diversifiziert haben, hilft uns das sehr, denn wir hängen nicht mehr von nur einem Bereich ab. Zum Beispiel verkaufen wir jetzt Honig. Jetzt fühle ich mich wertvoll als Frau, ich lebe nicht länger zurückgezogen, ich bin sichtbar.

Welche Pläne hast du für die Zukunft?
Ich habe vor, mit dem Kaffee weiterzumachen, aber ich mache jetzt auch meine Matura. Ich möchte gerne Operationsgehilfin werden. Denn obwohl ich Landwirtin bin, suchen mich die Leute immer auf. Ich nähe Wunden und ich habe meine Kinder geheilt, als sie klein waren, also will ich damit weitermachen. Aber das bedeutet nicht, dass ich mit der Landwirtschaft aufhöre. Das ist etwas, was mir gefällt. Und als Kooperative haben wir einen Kreditfonds. Wir hoffen, dass die Kooperative Erfolg hat, dass sie Geld hat, um es den Mitgliedern zu borgen, die arbeiten wollen. Wenn wir alle zusammen helfen, können wir das schaffen.

Was hat sich in deiner Familie verändert, seit du in der FEM bist?
Mein Mann kommt nur einmal im Jahr zu Besuch. Aber meine Kinder sind schon groß, wir helfen uns gegenseitig. Meine Kinder sind nie ausgewandert. Einer ist in der sechsten Klasse, der andere in der vierten, einer hat maturiert und meine Tochter studiert. Sie wollte Ingenieurin werden, aber das war zu teuer. Also studiert sie Lehramt, um sich vorzubereiten und dann weiter zu machen. Sie erhält ein Stipendium aus dem Bildungsprogramm der FEM.

Interview mit **Reina Lira Carrasco** aus Guasuyuca, Gemeinde Pueblo Nuevo; Mitglied der Kooperative Coopeluz.

Reina Lira Carrasco (rechts)

Welchen Beruf übst du im Projekt FEM aus?
Heute Bäuerin, denn ich bezeichne mich nicht mehr als Hausfrau, was ich früher war. Ich habe gelernt, das Land zu bearbeiten, für mein Eigenes zu kämpfen ... Tiere zu züchten. Als wir mit der FEM begannen, war das Erste, was wir taten, etwas anzubauen, und wir merkten wie schön es war, eine eigene Landwirtschaft zu haben. Heute kann ich nicht mehr sagen, dass ich Hausfrau bin. Ich produziere für mein eigenes Auskommen, ich kann über alles verfügen und niemand schränkt mich ein. Ich kaufe, was ich will, und ich verkaufe, wann ich will.

Wie hast du früher gelebt, wie lebst du heute?
Als ich von FEM erfuhr, hatte ich zwölf Kinder. Ich war im Haus eingesperrt. Mein Leben bestand darin, meine Kinder großzuziehen, meinem Mann zu dienen, für andere zu leben, ohne Motivation, ohne Hoffnung. Als sich die FEM zu bilden begann, suchte ich die Frauen auf, weil ich mitmachen wollte. Und da war etwas, das ich schon mitbrachte, nämlich die Freude daran, mich zu engagieren und Frauen zusammenzubringen. Also vereinten wir uns und begannen zu arbeiten. Und es war schön, denn die Jahre in der FEM waren die besten meines Lebens, so als ob ich wiedergeboren worden wäre. Von da an hat sich viel geändert. Zumindest meine Bereitschaft, etwas auf die Beine zu stellen trotz meines Alters. Denn ich lerne und dieses Jahr mache ich meine Matura. Ich bin stolz auf mich!
Einmal schrieb ich ein Gedicht über mein Grundstück und nannte es: „Mein geliebtes Land“, denn man beginnt sich mit seinen Feldern zu identifizieren. Man sorgt für sie, pflegt sie, man sät und all das. Also fühlt man Freude. Und es ist schön zu wissen, dass man etwas zurückbekommt. Denn die Erde behält sich nichts, sondern sie bringt viel hervor und gibt es uns.

Welche Pläne hast du für die Zukunft?
Weiter zu arbeiten. Dieses Jahr werde ich maturieren und ich habe vor, einen Computerkurs zu machen. Und gut, mal sehen wie weit ich komme, und wenn es gut geht, will ich weitermachen. Und die Organisation werde ich unterstützen wo immer es nötig ist. Mir würde es gefallen, wenn sich mehr Frauen organisieren, wenn sie sich nicht misshandeln lassen, wenn die Gewalt, die wir erleben, endet. Für uns, als organisierte Frauen, ist nichts unmöglich. Alle Frauen, die in der FEM sind, haben Gewalt erfahren, und es tut uns bis heute weh, wenn wir uns daran erinnern. Aber jetzt sind wir nicht mehr traurig, wenn wir daran denken, sondern wir freuen uns, weil wir die Gewalt besiegen konnten. Daher träume ich von funktionierenden Kooperativen und der Unterstützung junger Mädchen. Ich zähle vor allem auf die jungen Mädchen, denn sie sind wichtig.

Wie würdest du eine Frau überzeugen, Teil von FEM zu werden?
Wir motivieren sie und wir sagen ihnen: „lernt“. Heute zum Beispiel haben wir viele Junge. Ich sage ihnen, dass es nichts Besseres gibt, als organisiert zu sein. Wir leben ein besseres Leben, denn jedes Problem lösen wir gemeinsam, nicht nur eine alleine. Und organisiert lernt sie auch, sich selbst zu mögen, auf sich zu schauen. Denn das ist das Erste, was sie machen muss, sich selber mögen und auf sich selbst achten. Nur so lebt man ein besseres Leben, ohne Gewalt. Sie wird dann verstehen, wenn man sie schlecht behandelt. Ein Blick allein kann schon eine Beschimpfung sein. Das muss sie lernen. Das alles würde ich ihr erklären.

(Übersetzung der Interviews aus dem Spanischen: Johanna Goldmann)

Projektsteckbrief: **Freedom from Debt Coalition (FDC), Philippinen**

Integration von Genderperspektiven und feministischer Ökonomie in die Arbeit der Freedom from Debt Coalition

Projektnummer: 329.000-F13/00266

Reiches Land mit einer wachsenden Zahl armer und marginalisierter Menschen – auf diese Kurzformel lässt sich die ökonomische Entwicklung der Philippinen im vergangenen Jahrzehnt bringen. Chronische Arbeitslosigkeit, laxe Steuereintreibung bei den einkommensstarken Schichten, sinkende Pro-Kopf-Einkommen, eine größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich sowie rasches Bevölkerungswachstum zeichnen die Wirtschaft der Philippinen aus. Ein im Sinne der Armen und Marginalisierten in der Gesellschaft konzipiertes Wirtschaftsprogramm ist nicht erkennbar. Während staatliche Leistungskürzungen im sozialen und medizinischen Bereich flankiert werden von teils drastisch gestiegenen Kosten im Bildungs- und Ausbildungssektor, stagnieren seit längerem die Löhne für die Masse der Beschäftigten.[22]

Die öffentliche Verschuldung der Philippinen macht etwa ein Viertel des jährlichen Staatsbudgets aus und schmälert deutlich die Budgets für soziale Leistungen. Die Ausgaben im Sozial und Gesundheitsbereich der philippinischen Regierung liegen weit unter den empfohlenen Werten von UNESCO und WHO. So schlägt die UNESCO als Richtwert vor, 6% des Bruttonationaleinkommens (BIP) für den Bildungsbereich auszugeben. Auf den Philippinen betragen die Ausgaben für den Bildungsbereich jedoch nur 2,2% des BIP (2012). Noch dramatischer sind die Zahlen im Gesundheitsbereich, so liegen die Ausgaben der philippinischen Regierung hier nur bei 0,35% des BIP (2012) statt bei den von der WHO vorgeschlagenen 5%.

Die Freedom from Debt Coalition (FDC) entstand 1987 als Koalition verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen mit dem Ziel, durch Anwaltschaft und Kampagnenarbeit das Bewusstsein der Bevölkerung für wirtschafts- und sozialpolitische Themen zu sensibilisieren sowie politische, strukturelle und institutionelle Änderungen auf den Philippinen zu erwirken.

Kernthemen ihrer anwaltschaftlichen Aktivitäten und Kampagnenarbeit sind vor allem die philippinische Entschuldungspolitik, Geschlechtergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, Privatisierung öffentlicher Güter, Ernährungssicherheit sowie Wohnbau und Wiederaufbau nach Naturkatastrophen.

Mittlerweile besteht die Koalition aus über 200 Mitgliedern, darunter politische Parteien, Gewerkschaften, NGOs, kirchliche Organisationen, Hochschulen sowie Einzelpersonen, und ist international sehr gut vernetzt. Mit ihrem Hauptsitz in Manila und sieben kleineren Regionalbüros in Cebu, Davao, Eastern Visayas, General Santos, Iloilo, Negros und Western Mindanao ist FDC zu einer wichtigen Stimme auf den Philippinen geworden.

Die Thematisierung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Fragen, Gesetzesentwürfen und politischen Programmen war FDC von Beginn an ein großes Anliegen. Obwohl die philippinische Regierung 1992 beschloss, dass sämtliche staatlichen Einrichtungen und lokalen Regierungen mindestens 5% ihres Budgets für Gender and Development (GAD)-Maßnahmen ausgeben müssen, sind besonders Frauen von den sozialen Einbußen betroffen. Frauen und Männer sind auf den Philippinen unterschiedlich sozial situiert, mit unterschiedlichen zugeschriebenen Rollen

Länderinformationen zu den Philippinen

Fläche: 300.000 km² (Ö: 83.871 km²)
EinwohnerInnen: 107.668.231 (Ö: 8.473.786)
Hauptstadt: Manila
Amtssprache: Filipino (Tagalog) und Englisch
Lebenserwartung: 72,48 (Ö: 81,1)
Human Development Index: 0,66; Weltrang 117; (Ö: 0,881; Weltrang 21)
Gender Inequality Index: 0,406 (Ö: 0,056)
Quellen: http://hdr.undp.org/en/countries/profiles/PHL, UNDP Human Development Report 2013; https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/rp.html, CIA The World Factbook

[22] http://liportal.giz.de/philippinen/wirtschaft-entwicklung/, Länder-Informations-Portal der GIZ

und Verantwortlichkeiten. So sind z.B. die finanziellen Mittel, welche die Familie für Gesundheit und Bildung benötigt, zu einem großen Teil von den Frauen aufzubringen. Bereits die Deckung des häuslichen Grundbedarfs der Familie bedeutet für viele Frauen eine stetig steigende Verschuldung, mehrere Jobs anzunehmen oder gesundheitliche Anliegen zurückzustecken. Dass sich der Staat aus der Verantwortung zieht, wesentliche soziale Leistungen zu erbringen, wird vor allem auf dem Rücken der Frauen ausgetragen.

1990 gründete FDC ein Frauenkomitee, welches für die Durchführung des „Women and Gender Programms" zuständig ist. Dies beinhaltet unter anderem die Integration von Genderperspektiven in allen Programmen und Aktivitäten von FDC sowie die Entwicklung gezielter Kampagnen im Bereich feministischer und alternativer Wirtschaftsmodelle zur Beeinflussung öffentlicher Diskurse und politischer Entscheidungen. FDC definiert das Wirtschaftsleben einer Gesellschaft als jene Aktivitäten, Beziehungen, Prozesse und Strukturen, welche ein Leben in all seiner Fülle, Integrität und Würde ermöglicht. Diese sind nicht nur in die Produktion, sondern auch in die Reproduktion involviert. Sie finden sowohl im öffentlichen Bereich wie auch im familiären Kontext statt und beinhalten auch die nicht marktbestimmten Sektoren, welche größtenteils von der nicht anerkannten und unterbewerteten Arbeit von Frauen getragen werden.

Das Frauenkomitee von FDC hat bereits zahlreiche Kampagnen, Workshops, Seminare, Studien und Evaluierungen von Politik und politischen Entscheidungen erfolgreich durchgeführt und dadurch Veränderungen im Bewusstsein der Bevölkerung und der Politik bewirken können. FDC hat sich inzwischen als wichtige Anspruchsgruppe in der Planung und der Beobachtung des Staatshaushalts etabliert. Die Teilnahme des Frauenkomitees von FDC im Gender and Development Forum der Regierung hat dazu beigetragen, dass die Genderperspektive eine starke Rolle in Kampagnen zu den sozialen Schulden einnimmt.

Zahlreiche Frauen und Mitgliedsorganisationen des Frauenkomitees haben sich aktiv in der Energiekampagne von FDC engagiert. Die extrem hohen Strompreise auf den Philippinen sind besonders für Frauen mit geringem Einkommen und stetig steigenden Haushaltskosten eine große Belastung. Die Frauen dokumentierten über einen gewissen Zeitraum hinweg ihre steigenden Ausgaben, welche in enger Verbindung mit den Stromkosten stehen, um damit ihre Forderungen an die Regierung zu untermauern. Die Kampagne umfasste unter anderem die Organisation einer Pressekonferenz, die Entwicklung der „Women's Agenda on Power" sowie das Einbringen von Genderperspektiven auf der „Asian Energy Conference".

2011 organisierten zivilgesellschaftliche Akteure auf den Philippinen eine Global Week of Action zu Klimagerechtigkeit. FDC beteiligte sich daran mit einer Kampagne und mobilisierte über 500 TeilnehmerInnen, sich vor der US-amerikanischen Botschaft zu versammeln. Die Aktionen und Presseerklärungen während dieser Woche sollten auf die Ursachen des Klimawandels und die umfassenden Auswirkungen, welche dieser auf die Länder des Globalen Südens hat, aufmerksam machen.

© FDC

© FDC

Zudem war das Frauenkomitee eingebunden in die 2012 mit Experten aus den Bereichen Gender, Klima und Entwicklung stattfindende Diskussion zu Genderperspektiven in der „Green Economy Agenda“, welche im Rio+20-Prozess vorangetrieben werden sollte. Das daraus entstandene Statement wurde der philippinische Delegation der Konferenz Rio+20 (UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 2012) übergeben.

Durchaus erfolgreich war auch die Kampagne im Zuge des diesjährigen Internationalen Frauenmonats. FDC mobilisierte rund 500 Frauen, welche sich vor der offiziellen Residenz des Präsidenten versammelten und die Regierung aufforderten, Frauen stärker in Regierungsprogrammen zu berücksichtigen und grundlegende Sozialleistungen zur Verfügung zu stellen. Das Frauenkomitee schloss sich zudem dem „Flashmob“ in einem „Food Court“ an, welcher das Lied „Bread and Roses“ von Joan Baez inszenierte, um auf den seit Jahrzehnten andauernden Kampf von Frauen für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit aufmerksam zu machen.

Bread and Roses (Joan Baez)

As we go marching, marching, in the beauty of the day,
A million darkened kitchens, a thousand mill lofts gray,
Are touched with all the radiance that a sudden sun discloses,
For the people hear us singing:
Bread and Roses! Bread and Roses!

As we go marching, marching, we battle too for men,
For they are women's children, and we mother them again.
Our lives shall not be sweated from birth until life closes;
Hearts starve as well as bodies; give us bread, but give us roses.

As we go marching, marching, unnumbered women dead
Go crying through our singing their ancient call for bread.
Small art and love and beauty their drudging spirits knew.
Yes, it is bread we fight for, but we fight for roses too.

As we go marching, marching, we bring the greater days,
The rising of the women means the rising of the race.
No more the drudge and idler, ten that toil where one reposes,
But a sharing of life's glories: Bread and roses, bread and roses.

Methoden für Jugendliche und Erwachsene

1. Wie funktioniert die Wirtschaft zwischen Solidarität – Gewinnmaximierung – Effizienz
Soziometrische Übungen

Kompetenzen:
Die TeilnehmerInnen (= TN) setzen sich mit verschiedenen Aussagen zu aktuellen Wirtschaftsperspektiven auseinander und nehmen dazu persönlich Stellung. Sie begründen und interpretieren ihre persönliche Sichtweise.
Zielgruppen:
Jugendliche ab 16 Jahren und Erwachsene
Dauer:
ca. 20-50 Min. (je nach Diskussionsfreudigkeit der TN)
Materialien:
Klebeband, je ein Kärtchen mit 100% und 0%

Ablauf:
Die TN werden dazu eingeladen, sich zur jeweiligen Aussage, die nacheinander vorgelesen wird, im Raum entlang einer gedachten oder markierten Linie zwischen 100% - 50% - 0% zu positionieren. Wenn die TN in der für sie zur jeweiligen Aussage richtigen Position stehen (z.B. bei 65% oder 32% oder 17%, je nach eigener Meinung und Einschätzung), wird nachgefragt: bei welchem Prozentsatz steht die Person und durch welche Argumente begründet sie ihre Position?

Auch andere Personen, die in der Linie stehen, dürfen nachfragen, warum jemand wo steht.

In jeder Runde/bei den unterschiedlichen Aussagen sollten immer wieder andere Personen gefragt werden, sodass am Ende alle anwesenden Personen mindestens einmal sprechen/argumentieren konnten.

Es können auch einzelne Aussagen ausgewählt werden, wenn die Zeit nicht ausreicht.

Aussagen (Auswahl möglich):
Unser aktuelles wachstumsorientiertes Wirtschaftsmodell stellt Gewinnmaximierung über die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse
(**stimme ich dieser Aussage** 100% oder 64% oder 53% **zu**, dann stehe ich in der Hälfte von **ja**/ **Lehne ich diese Aussage** eher 43% oder ziemlich 13% oder total 0% **ab**, dann bin ich in der Hälfte von **nein**)
- woran ist das erkennbar?
- die Positionierung einzelner Personen wird nachgefragt; sie werden eingeladen, diese zu begründen (z.B. je Runde/Aussage können 3-5 Personen befragt werden)

Mir ist es **sehr (100%-51%)/ nicht sehr (50%-0%)** wichtig, mich mit der aktuellen Wirtschaftssituation in meinem Land auseinanderzusetzen, weil...

Ich finde es **positiv (100%-51%)**/ **negativ (50%-0%)**, dass Länder des Südens für den Export produzieren, damit sie in der globalen Marktwirtschaft konkurrenzfähig werden, weil...

Die Gleichsetzung von Entwicklung und Wirtschaftswachstum stützt Abhängigkeiten und Herrschaftsverhältnisse: **ja (100%-51%)**/ **nein (50%-0%)**
- woran ist das erkennbar?

Um gemeinschaftlich zu produzieren, um Güter gemeinschaftlich zu nutzen und zu erhalten, müssen die Lebensinteressen der Menschen wieder in den Mittelpunkt gerückt werden:
ich stimme dieser Aussage zu (100%-51%)/
ich lehne diese Aussage ab (50%-0%)
- woran ist das erkennbar?

Schnelles Wachstum in Ländern des Südens ist nicht existenzsicherungsorientiert und reduziert Ungleichheiten nicht, weil...
ich stimme dieser Aussage zu (100%-51%)/
ich lehne diese Aussage ab (50%-0%)
- woran ist das erkennbar?

2. Wirtschaft zwischen Ökologie und CARE-Ökonomie
Persönliche Auseinandersetzung für Frauen zu unbezahlter Arbeit

Kompetenzen:
Frauen analysieren ihre wirtschaftliche Arbeitsleistung im Bereich Ökologie und CARE-Ökonomie, bewerten die Wichtigkeit dieser Leistung und identifizieren Veränderungspotenzial. Sie überlegen gemeinsam verschiedene Möglichkeiten und Aktionen, wie Veränderung erreicht werden kann, und entwickeln einen Umsetzungsplan.
Zielgruppe:
Frauen aller Altersstufen
Dauer: *ca. 50 – 90 Min.*
Materialien:
Arbeitsblatt in Kopie für jede Frau, Stifte, Flipchartpapier, Plakatstifte, Internetzugang für jede Kleingruppe (TN durch 4)

Ablauf:
Schritt 1: Großgruppe *(10')*
Die Frauen überlegen gemeinsam, welche Tätigkeiten für sie **Versorgungsarbeit** sind, z.B. Frühstück herrichten, Mittagessen zubereiten, Abendessen herrichten, die Wohnung putzen, die Wäsche waschen, bügeln, Fenster putzen, Einkaufen gehen, Kinder erziehen, mit Kindern Hausaufgaben machen, die Kinder irgendwo hinbringen, Angehörige pflegen, für andere einkaufen gehen oder etwas besorgen, in einer Gemeinschaft mitarbeiten, Kuchen backen oder ähnliches für Pfarrfeste, Geschenke besorgen für Einladungen,...

Arbeitsblatt: **„Ich als Wirtschaftende zwischen Ökologie und CARE-Ökonomie“**

Arbeitsleistung/Tätigkeit	täglich in Minuten/Stunden	wöchentlich in Stunden	monatlich in Stunden	**Total**
CARE-Ökonomie				
Frühstück herrichten				
Mittagessen zubereiten				
Abendessen herrichten				
Wohnung putzen				
Wäsche waschen				
bügeln				
Fenster putzen				
Einkaufen gehen				
Kinder erziehen				
mit Kindern Hausaufgaben machen				
Kinder zu diversen Kursen oder Veranstaltungen bringen				
Angehörige pflegen				
für andere einkaufen gehen oder etwas besorgen				
in einer Gemeinschaft mitarbeiten				
nachbarschaftliche Dienste				
Kuchen backen oder ähnliches für Pfarrfeste oder Geburtstage				
Geschenke besorgen für Einladungen				
Geschenke selbst machen				
Marmelade einkochen				
Gartenarbeit				
...				
...				
...				
...				
Ökologisches Engagement (wie viel mehr Zeitaufwand habe ich dadurch)				
Müll trennen				
mit dem Fahrrad oder zu Fuß einkaufen gehen				
Strom sparen				
ressourcenschonend einkaufen				
erzieherische Maßnahmen, damit Kinder nicht immer das Neueste brauchen				
reparieren lassen statt wegwerfen				
Kleidung und andere Sachen in Tauschkreisen weitergeben und erhalten				
...				
...				
...				
...				

Mein Stundenlohn: € _____

Meine Leistung in Stunden mal Stundenlohn pro Monat: € _____

Danach überlegen sie gemeinsam, welche **ökologischen Tätigkeiten** Frauen in der Gesellschaft leisten und damit unbezahlte Wirtschaftsleistungen erbringen, z.B. Müll trennen, mit dem Fahrrad oder zu Fuß einkaufen gehen, Strom sparen, ressourcenschonend einkaufen, erzieherische Maßnahmen, damit Kinder nicht immer das Neueste brauchen, reparieren lassen, Kleidung und andere Sachen in Tauschkreisen weitergeben und erhalten,...

Schritt 2: Sichtbarmachen der Tätigkeiten von Frauen als unbezahlte Wirtschaftsleistung. Einzelarbeit *(10-15')*
Jede Frau dokumentiert in Form von Stunden/Minuten **ihren persönlichen** Arbeitsaufwand punkto CARE-Ökonomie und Ökologie mithilfe des Arbeitsblattes. Danach bewertet jede Frau für sich selbst, wie viel Stundenlohn sie sich für diese Tätigkeiten geben würde, und rechnet aus, wie viel ihre Arbeit real in der Wirtschaft kosten würde.

Schritt 3: Paararbeit *(5')*
Je zwei Frauen setzen sich zusammen und tauschen die Ergebnisse mündlich aus. Wichtige Erkenntnisse aus dieser persönlichen Aufzeichnung werden auf die Rückseite des Arbeitsblattes oder auf ein extra Blatt Papier aufgeschrieben.

Schritt 4: Kleingruppenarbeit und Präsentation *(30')*
Je zwei Paare aus Schritt 3 bilden eine Kleingruppe. Jede Gruppe erhält ein Flipchartpapier und Stifte. Zunächst erzählen sich die Frauen in der Kleingruppe nochmals die Ergebnisse, wie viel sie monatlich erwirtschaften, ohne dafür bezahlt zu werden oder je einen Pensionsanspruch dafür erwerben zu können.

Wenn es Internetzugang gibt, kann jede Gruppe recherchieren, wie die Situation von Frauen weltweit ist:
- Welche Erkenntnisse gewinnen wir aus der aktuellen Situation von Frauen hier in Österreich und weltweit?
- In welcher Weise interpretieren wir die aktuelle Situation von Frauen?
- Welche Veränderungsmöglichkeiten gibt es, damit die unbezahlten Tätigkeiten von Frauen in Österreich und weltweit sichtbar gemacht und gerecht verteilt werden können?
- Wie können wir Frauen in Österreich und weltweit in welchen Bereichen Veränderungen einfordern und umsetzen?
- Welche Unterstützung brauchen wir von welchen Gruppen, Personen?
- Mit welcher Aktion würden wir gerne beginnen? Wie? Wo? Wann? Mit wem?

Jede Gruppe präsentiert ihre Ergebnisse mit Hilfe des Flipcharts.

3. Marktzwang: Argumente gegen Wirtschaftsmechanismen/-floskeln
Einüben von kritischer Gegenargumentation

Kompetenzen:
Die TeilnehmerInnen (= TN) setzen sich mit gängigen Argumenten aus Wirtschaft und Politik auseinander und formulieren gemeinsam Gegenargumente. Die TN üben ihre kritische Haltung zur aktuellen Wirtschaftssituation anhand von kurzen Szenen ein, um diese kritische Haltung auch im Alltag anwenden zu können.
Zielgruppen:
Jugendliche ab 16 Jahren und Erwachsene
Dauer:
ca. 50 Min.
Materialien:
Unterschiedliche Zeitungen, Internet, Papier, Stifte

Ablauf:
Vorarbeit: während eines gewissen Zeitraums (z.B. einer Woche) werden diverse Zeitungen und Medien nach gängigen Argumenten der Politik und Wirtschaft, warum die Situation so ist, wie sie ist, gesichtet und gesammelt/dokumentiert: z.B. . „es war ein finanzielles und wirtschaftliches Erdbeben, weil eine Bank pleite gegangen ist", „Wirtschaftlicher Austausch mit den armen Ländern der Welt ist besser als Entwicklungshilfe", „Wirtschaftsbetriebe müssen gefördert werden, damit diese in den armen Ländern investieren", „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut", „Wir müssen der Wirtschaft entgegenkommen, um Arbeitsplätze zu sichern", „Heute ist ein guter Tag für die Wirtschaft", „Wir müssen sparen",...
Wenn diese Vorarbeit nicht möglich ist, können auch Zeitungen gesammelt und mitgebracht bzw. Internet zur Verfügung gestellt werden, um vor Ort zu recherchieren.

Schritt 1: Großgruppe: Präsentation der gesammelten Aussagen bzw. Recherche *(10-20')*
Jede/r präsentiert die gesammelten Aussagen und Argumente der Politik und Wirtschaft und legt sie gut sichtbar im Raum auf. Gleiche Aussagen werden zusammengelegt. Falls die Vorarbeit nicht möglich war, recherchieren die TN in den mitgebrachten Zeitungen und im Internet Aussagen und Argumente und präsentieren diese in der Großgruppe.

Schritt 2: Kleingruppenarbeit *(20')*
Jede Person stellt sich zu der Aussage dazu, die sie gerne weiter bearbeiten möchte. Es ist darauf zu achten, dass die Gruppengrößen ungefähr gleich sind und möglichst viele Aussagen abgedeckt sind.
Jede Gruppe versucht nun, zu der vorgegebenen Aussage eine Gegenargumentation zu entwickeln oder Fragen zu stellen, um die (meist nur für die Wirtschaft günstige) Position dahinter zu entlarven. Diese Argumentation und Gegenargumentation wird jeweils aufgeschrieben und in Form eines Sketches (z.B. „wie am Stammtisch" oder in einer öffentlichen Diskussion,...) dargestellt/szenisch umgesetzt.

Schritt 3: Großgruppe: Einüben der Gegenargumente *(15-20')*
Alle Argumente und Gegenargumente werden an verschiedenen Orten im Raum aufgelegt. Je zwei TN gehen spontan zusammen, stellen sich zu einem der Argumente/Gegenargumente dazu und versuchen, diese einzuüben. Wenn die jeweiligen Paare noch neue Ideen haben, dürfen sie diese ergänzen. Danach gehen die TN zu neuen Paaren zusammen und üben ein neues Argument ein. Das kann ganz schnell und spontan gebildet werden. Wenn es für die TN zu kompliziert ist, immer wieder zu wechseln, können die Paare auch zusammen bleiben.

4. Solidarische Ökonomie und Commons
Praktische Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Alternativen

Kompetenzen:
Die TeilnehmerInnen (= TN) erarbeiten und vertiefen gemeinsam die Begriffe „Solidarische Ökonomie" und „Commons". Sie führen eine Erhebung durch, in welchen Bereichen sie diese Formen bereits praktizieren, und analysieren, wie diese Bereiche auf der persönlichen, regionalen und weltweiten Ebene ausgebaut werden sollen/können.

Zielgruppen:
Jugendliche ab 16 Jahren und Erwachsene
Dauer:
ca. 100 Min.
Materialien:
Papier mit (Bunt-)stiften, Input (Solidarische Ökonomie, Commons, ev. Internetzugang zu erweiterter Recherche), Flipchart.

Ablauf:
Schritt 1: Einzelarbeit Brainstorming *(10')*
Jede/r TN erhält ein oder zwei Blätter Papier und zeichnet oder schreibt auf je ein Blatt oder auf die Hälfte eines Blattes alle Assoziationen zu folgenden beiden Begriffen:

Solidarische Ökonomie – Commons

Schritt 2: Großgruppe oder Paararbeit: Präsentation der Zeichnungen, verbalen Assoziationen oder Bildern aus Gegenständen *(je nach TN-Zahl ca. 10-15')*
Die TN werden eingeladen, ihre Ergebnisse in der Großgruppe zu präsentieren. Falls es in einem intimeren Rahmen gewünscht wird, können sich je zwei TN zusammenfinden und einander präsentieren.

Schritt 3: Input: Begriffsklärung in der Großgruppe
(10', mit Diskussion länger)
Die beiden Begriffe „Solidarische Ökonomie" und „Commons" werden erklärt und können diskutiert werden.
(siehe dazu S.18-20)

Schritt 4: Kleingruppenarbeit *(20-30')*
Die TN werden in 4 bzw. 8 Kleingruppen eingeteilt. Jede Gruppe (bei großer Anzahl von TN arbeiten je zwei Gruppen parallel) diskutiert nochmals kurz die Prinzipien der Solidarischen Ökonomie.

Je eine (oder zwei) Gruppe(n) erarbeitet gemeinsam ein Flipchart zu folgenden Bereichen:

Gruppe 1: Der Ist-Zustand der Solidarischen Ökonomie **in meinem/unserem persönlichen/regionalen Umfeld** ist zur Zeit so: ...
Diese Bereiche sollten unbedingt verändert werden, damit solidarisches Wirtschaften möglich wird: ...
Die Veränderungen könnten so ... in die Wirklichkeit umgesetzt werden (wer könnte was wann und wie mit wem umsetzen?)

Gruppe 2: Bearbeitet dieselben Fragen wie Gruppe 1 mit anderem Schwerpunkt: „Der Ist-Zustand der Solidarischen Ökonomie **„in meinem/unserem Staat, also auf der nationalen Ebene**, ist zur Zeit so...."
Die Veränderungen könnten so ... in die Wirklichkeit umgesetzt werden (wer könnte was wann und wie mit wem umsetzen?)
Alle Ergebnisse werden auf das Flipchart aufgeschrieben.

Gruppe 3: Bearbeitet dieselben Fragen wie Gruppe 1 mit anderem Schwerpunkt: „Der Ist-Zustand der Solidarischen Ökonomie in der **Europäischen Union** ist zur Zeit so..."
Diese Bereiche sollten unbedingt verändert werden, damit solidarisches Wirtschaften möglich wird: ...
Die Veränderungen könnten so ... in die Wirklichkeit umgesetzt werden (wer könnte was wann und wie mit wem umsetzen?)
Alle Ergebnisse werden auf das Flipchart aufgeschrieben.

Gruppe 4: Bearbeitet dieselben Fragen wie Gruppe 1 mit anderem Schwerpunkt: „Der Ist-Zustand der Solidarischen Ökonomie **weltweit** ist zur Zeit so..."
Diese Bereiche sollten unbedingt verändert werden, damit solidarisches Wirtschaften möglich wird: ...
Die Veränderungen könnten so ... in die Wirklichkeit umgesetzt werden (wer könnte was wann und wie mit wem umsetzen?)
Alle Ergebnisse werden auf das Flipchart aufgeschrieben.

Schritt 5: Präsentation der Ergebnisse in der Großgruppe (pro Gruppe 5') und Umsetzungsplan gemeinsam entwickeln *(20')*
Jede Gruppe präsentiert mit Hilfe des Flipcharts ihre Ergebnisse. Die anderen Gruppen dürfen nachfragen bzw. darf auch diskutiert und ergänzt werden, was wie tatsächlich umgesetzt werden könnte. Wenn noch Zeit und Lust vorhanden sind, kann sich die Großgruppe auf eine konkrete Maßnahme der Umsetzung einigen und einen Plan gemeinsam entwickeln, wie dies gelingen kann. Bei einem nachfolgenden Treffen sollte überprüft werden, was wie gelungen umgesetzt werden konnte und welche Maßnahme als nächstes umgesetzt werden könnte.

5. Die Ökonomie des Wachstums – „Entwicklung durch Wachstum“ oder soziale Verwerfungen im Globalen Süden? Nachdenken über eine weltweite Solidarität

Kompetenzen:
Die TeilnehmerInnen (= TN) denken über den Begriff Wirtschaftswachstum nach und analysieren, was dieser im persönlichen und weltweiten Umfeld bedeutet.
Zielgruppen:
Jugendliche ab 16 Jahren und Erwachsene
Dauer:
ca. 75 Min.
Materialien:
Fragen auf DIN A4-Papier ausgedruckt, Flipchart, Stifte

Ablauf:
Schritt 1: Stummer Dialog *(25’)*
Folgende fünf Fragen werden vergrößert auf DIN A4-Papier ausgedruckt und auf je ein Flipchartpapier geklebt:
- Was bedeutet für dich Wirtschaftswachstum? Welche Alternativen zu Wirtschaftswachstum gibt es aus deiner Sicht?
- In welcher Weise stützt Wirtschaftswachstum herrschende Verteilungsinteressen und entschärft Verteilungskonflikte, ohne sie zu lösen?
- Wie werden Produktivität und damit Gewinne erhöht? (z.B. durch Kosteneinsparung, Ausbeutung von Mensch und Natur, Schaffung künstlicher Nachfrage, Senkung von Lohnkosten oder Auslagerung,...)
- In welcher Weise kann Wirtschaftswachstum (nicht) zu höherem gesellschaftlichem Wohlstand im Sinne von Lebensqualitätssteigerung führen?
- Welche Gruppen profitieren am meisten/am wenigsten von Wirtschaftswachstum?

Jede Frage auf Flipchart liegt im Raum auf je einem Tisch, rundherum stehen Sesseln, bei jedem Flipchartpapier liegen genügend Stifte.

Die TN teilen sich in fünf gleich große Gruppen auf, setzen sich zu einem der Plakate und schreiben, ohne miteinander zu reden, einen persönlichen Kommentar zur jeweiligen Frage auf dem Flipchart. Alle schreiben gleichzeitig, die Meinungen können schriftlich kommentiert werden, aber immer, ohne miteinander zu sprechen. Nach 5 Minuten wechseln die TN die Plakate im Uhrzeigersinn. (entweder TN gehen im Uhrzeigersinn zum nächsten Plakat oder die TN bleiben sitzen und die Plakate werden im Uhrzeigersinn gewechselt). Jede/r TN liest sich die Frage und das bereits Geschriebene auf dem neuen Plakat durch und schreibt eigene Meinung oder Kommentare zur Meinung der anderen dazu.
Nach 5 Minuten wird wieder gewechselt. So oft, bis die Ursprungsgruppe wieder bei ihrem Plakat angekommen ist. Nun dürfen sich alle Gruppen alles Neue auf ihrem Plakat durchlesen und darüber kurz diskutieren. Gemeinsam kreisen sie die drei für sie wichtigsten Punkte ein.

Schritt 2: Großgruppe: Präsentation der drei wichtigsten Aspekte aus jeder Gruppe *(5-10’)*
Jede Gruppe präsentiert in der Großgruppe die drei für sie wesentlichsten Aspekte ihres Plakates. Die Plakate werden im Raum aufgehängt, damit nochmals alle nachlesen können.

Schritt 3: Paararbeit: Lösungsansätze global entwickeln *(20’)*
Je zwei TN setzen sich zusammen und denken kreativ über neue Ansätze jenseits einer wachstumsfixierten Wirtschaft weltweit nach. Folgende Fragen können dabei hilfreich sein:
- Wie kann die wirtschaftliche Ungleichheit und Ungerechtigkeit vor allem zwischen Nord und Süd reduziert werden?
- Welche neuen Perspektiven gibt es für eine gerechte Verteilung aller Ressourcen weltweit durch den Ansatz der solidarischen Ökonomie?
- Wie kann einer weltweit zunehmenden Arbeitslosigkeit oder Arbeit in prekären Verhältnissen trotz Wirtschaftswachstum entgegengesteuert werden?
- Wie können die ökologischen Ressourcen, die für alle Menschen da sind, weltweit ins Gleichgewicht gebracht werden?

Alle Ergebnisse und Ideen werden aufgeschrieben.

Schritt 4: Präsentation der Ergebnisse *(10-20’)*
Jedes Paar präsentiert die eigenen Ergebnisse in der Großgruppe. Gemeinsam wird überlegt, welche Ideen PolitikerInnen oder Wirtschaftstreibenden in welcher Weise mitgeteilt und wie dadurch Veränderungen herbeigeführt werden können:
- Welches Potenzial haben wir als Masse der selbstbewussten BürgerInnen?
- Welche Maßnahmen/Aktionen sollten wir im persönlichen, nationalen und internationalen Bereich setzen, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen?
- Inwieweit sind wir selbst bereit, auf Wirtschaftswachstum zu verzichten?
- Welche MultiplikatorInnen oder Gruppen aus Ländern des Südens können wir zur Unterstützung ansprechen?

Methoden für Kinder

Was ist Wirtschaft? Was ist Gerechtigkeit?
Kinder erarbeiten Begriffe

Kompetenzen:
Die TeilnehmerInnen (=TN) setzen sich mit dem Begriff Wirtschaft auseinander und nehmen dazu persönlich Stellung. Sie erarbeiten ihre persönliche Sichtweise zu Gerechtigkeit bzw. gerechter Verteilung.
Zielgruppe:
Kinder ab 8 Jahren
Dauer:
1 UE (50 Min.)
Materialien:
DIN A3 Blätter Papier für jede/n TN (Schritt 1), kleine Zettel Papier (Schritt 4), Stifte, Buntstifte, Wasserfarben, Ölkreiden oder andere Malutensilien, für die Vorarbeit: ein Heft oder Sachkundeheft

Vorarbeit:
Wenn diese Aufgabe als Vorarbeit nicht gemacht werden kann, kann es auch nach der folgenden Methode gemacht werden. Die Methode selbst kann aber auch unabhängig davon durchgeführt werden.

In einer vorhergehenden Stunde werden die Kinder gebeten, eine Woche lang in Zeitungen und anderen Medien oder auf Plakaten im öffentlichen Raum zu beobachten, was über WIRTSCHAFT gesagt oder berichtet wird oder in welchen Zusammenhängen das Wort WIRTSCHAFT gebraucht/verwendet wird (z.B. Überschriften in Zeitungen, Sprichwörter, Werbeslogans,...). Alles soll aufgeschrieben werden, z.B. in ein Heft oder in das Sachkundeheft.

Wer von den Kindern noch Zeit und Lust hat, kann die Eltern, Geschwister, Großeltern, Freunde und Bekannte fragen, was für sie WIRTSCHAFT bedeutet. Auch das wird im Heft dokumentiert.

Ablauf:

Einstimmung: *(5')*
Die Gesprächsleitung bzw. Lehrperson schreibt das Wort WIRTSCHAFT groß auf die Tafel und fragt die TN/SchülerInnen kurz, was sie über dieses Wort alles wissen. Dieser Begriff kommt eher in der Erwachsenenwelt vor, aber wie können diesen Begriff auch Kinder verstehen? An welche Zusammenhänge denken Kinder, wenn sie diesen Begriff hören? Wie kann WIRTSCHAFT umschrieben werden?

Schritt 1: Einzelarbeit *(10')*
Jede/r bekommt ein Blatt Papier (DIN A3) und zeichnet/malt ein eigenes, persönliches Bild zu WIRTSCHAFT: es können mehrere verschiedene Aspekte/Bilder, ein abstraktes, emotionales Bild oder ein spontanes Bild, das dem/der TN zu Wirtschaft einfällt, gezeichnet werden.

Schritt 2: Paararbeit *(5')*
Je zwei TN setzen sich zusammen und zeigen und erklären sich gegenseitig ihre Bilder. Sie suchen alle Gemeinsamkeiten und alle Unterschiede und schreiben diese auf ein Blatt Papier.

Schritt 3: Großgruppe *(10')*
Jedes Paar präsentiert (freiwillig) seine Bilder sowie die Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die sie zum Begriff WIRTSCHAFT gefunden haben.

Schritt 4: Kurzes Brainstorming in Dreiergruppen *(5')*
Die TN setzen sich zu dritt zusammen und versuchen so viele Assoziationen wie möglich zu finden, wo überall gewirtschaftet wird, z.B. wenn wir im Haushalt etwas machen (Hauswirtschaft), wenn wir am Buffet oder in einem Supermarkt etwas kaufen (Handel), wenn wir Jause tauschen (Tauschwirtschaft), wenn wir bei einem Bauernhof etwas kaufen (Direktvermarktung), wenn ein neues Haus gebaut wird (Bauwirtschaft), wenn wir Geld sparen (Geldwirtschaft),...
Alle Ideen werden aufgeschrieben und anschließend allen präsentiert.

Schritt 5: Diskussion/ Gespräch in der Großgruppe *(15')*
Mit Hilfe folgender Fragen wird miteinander darüber gesprochen, welche Aspekte zu Wirtschaft heute wichtig sind:
- In welchen Bereichen leisten wir persönlich etwas zu Wirtschaft (z.B. im Haushalt, wenn wir den Eltern helfen, wenn wir uns mit unserem Taschengeld etwas kaufen,...)?
- Was bedeutet für uns der Begriff Gerechtigkeit?
- Wo haben wir in der Schule mit gerechter Verteilung oder Gerechtigkeit zu tun? Nennt einige Beispiele, wo etwas für euch gerecht oder ungerecht verteilt ist.
- Was machen wir, wenn etwas nicht gerecht ist, z.B. in der Schule? Welche Möglichkeiten haben wir, in der Schule etwas zu verändern, damit es gerecht ist?
- Was finden wir an der Wirtschaft positiv?
- Welche Unterschiede gibt es bei Wirtschaft weltweit? (ev. über Verteilungsgerechtigkeit reden, z.B. einigen Ländern geht es wirtschaftlich sehr gut Auch den meisten Menschen in so einem Land geht es dann gut; einigen Ländern geht es wirtschaftlich nicht so gut, auch die Menschen müssen darunter leiden, z.B. haben sie dann keine Arbeit, können sich nicht alles leisten, haben nicht genug zum Essen,...)
- Was würden wir an der Wirtschaft heute verändern, damit sie gerecht wird?

Schritt 6: Abschlussübung *(5')*
Jede/r geht zu möglichst vielen anderen und gibt ihnen die Hand oder sagt ein gutes Wort: ich finde es super, dass du da bist.
Diese Übung soll zum Abschluss nochmals unterstreichen, dass jede/r gleich viel wert ist und dass wir aufeinander achten sollen, dass alle gute und gerechte Chancen zu leben haben.

Literaturhinweise

- Altvater, Elmar/Sekler, Nicola (Hg.): **Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.** Hamburg, 2006.
- Ax, Christine/Hinterberger, Friedrich: **Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt – und wie wir wieder herauskommen.** München, 2013.
- Biesecker, Adelheid u.a. (Hg.): **Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des guten Lebens.** Bielefeld, 2000.
- Biesecker, Adelheid u.a.: **Welche Rolle können Commons in Transformationsprozessen zu Nachhaltigkeit spielen**. Wuppertal, 2012. http://epub.wupperinst.org/frontdoor/index/index/docId/4480
- Biesecker, Adelheid/Wichterich, Christa/ Winterfeld, Uta v.: **Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Hintergrundpapier.** Bremen u.a. 2012. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Biesecker_Wichterich_Winterfeld_2012_FeministischePerspe.pdf
- Brand, Ulrich u.a. (Hg.): **ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft.** Hamburg, 2012.
- Brenner, Robert P. u.a.: **Kapitalismus am Ende? Attac: Analysen und Alternativen.** Hamburg, 2009.
- Die Armutskonferenz (Hg.): **Was allen gehört. Commons – Neue Perspektiven in der Armutsbekämpfung.** Wien, 2013.
- Dyttrich, Bettina/Wuhrer, Pit (Hg.): **Wirtschaft zum Glück. Solidarisch arbeiten heute, weltweit**. Zürich, 2012.
- Exner, Andreas u.a. (Hg.): **Kämpfe um Land. Gutes Leben im post-fossilen Zeitalter.** Wien, 2011.
- Jackson, Tim: **Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt.** München, 2011.
- Giegold, Sven/Embshoff, Dagmar (Hg.): **Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus.** Hamburg, 2008.
- Habermann, Friederike: **Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag.** Sulzbach/Taunus, 2009.
- Haidinger, Bettina/Knittler, Käthe: **Feministische Ökonomie.** Wien, 2012.
- Jensen, Annette/Scheub, Ute: **Glücksökonomie. Wer teilt, hat mehr vom Leben.** München, 2014.
- Knecht, Ursula et al.: **ABC des guten Lebens.** Rüsselsheim, 2012.
- Kratzwald, Brigitte/Exner, Andreas: **Solidarische Ökonomie und Commons.** Wien, 2012.
- Muraca, Barbara: **Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums.** Berlin, 2014.
- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hg.) **Wege Vorsorgenden Wirtschaftens.** Weimar bei Marburg, 2013.
- Rauchwarter, Barbara: **Genug für alle. Biblische Ökonomie.** Klagenfurt, 2012.
- Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward: **Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens.** München, 2013.
- Voß, Elisabeth: **Wegweiser Solidarische Ökonomie. Anders Wirtschaften ist möglich.** Neu Ulm, 2010.
- Wichterich, Christa: **Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive.** Band 21 der Schriftenreihe Ökologie. Hg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin, 2012. http://www.boell.de/sites/default/files/Feministische_Zukunft-i.pdf
- Wichterich, Christa: **gleich, gleicher, ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung.** Sulzbach/Taunus, 2009.
- Wichterich, Christa: **Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung. Soziale Reproduktion und Livelihood-Rechte in der neoliberalen Globalisierung.** Wuppertal-Papers Nr.141/2004. http://d-nb.info/974861731/34
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate: **Gleichheit ist Glück.** Berlin, 2010.
- Wissenschaftlicher Beirat von Attac (Hg.): **ABC der Globalisierung. Von „Alterssicherung" bis „Zivilgesellschaft".** Hamburg, 2005

Materialien

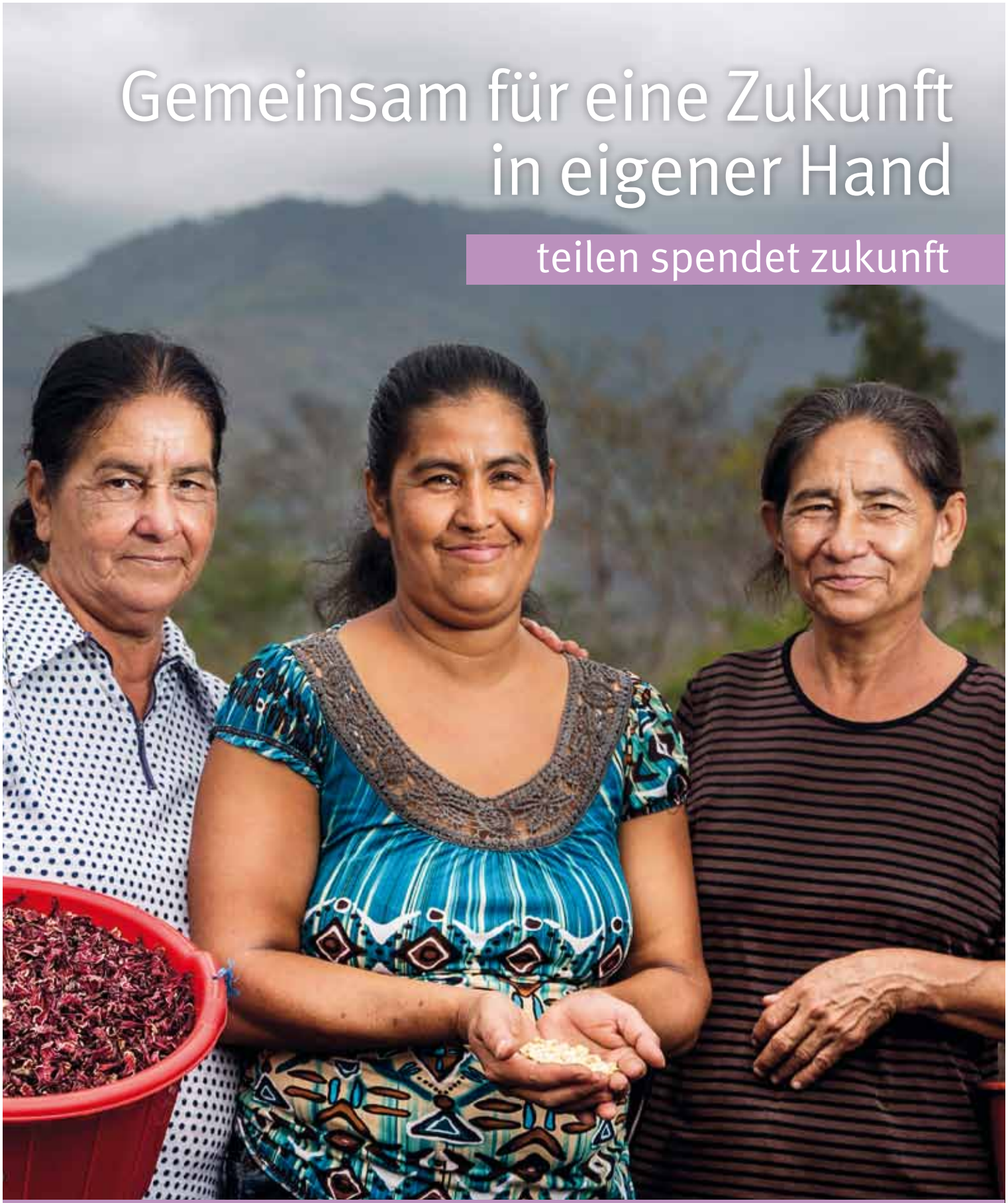
- Bundeszentrale für Politische Bildung: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 28-30/2011: **Gemeingüter** http://www.bpb.de/apuz/33201/gemeingueter
- Bundeszentrale für Politische Bildung: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 27-28/2012: **Wohlstand ohne Wachstum?** http://www.bpb.de/apuz/139180/wohlstand-ohne-wachstum
- Dossier Welt-Sichten 9-2011: **In den Grenzen von morgen. Für ein neues Verhältnis von Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Umwelt.** Ein Dossier von MISEREOR in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN. http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/ws-Dossier_9-2011.pdf
- Dossier Welt-Sichten 12-2013/1-2014: **Weltgemeinwohl. Neue Ansätze zu Postwachstum und globaler Gerechtigkeit.** Ein Dossier von MISEREOR und dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN. http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Dossier_Welt_Sichten_Weltgemeinwohl_12_2013.pdf
- Der Apfel Nr. 104 (4/2012). Zeitschrift des Österreichischen Frauenforums Feministische Theologie: **Frauen – Geld – Leben. Ansätze feministischer Ökonomie.**
- Dossier. Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs 04/2014: **Zeit für neue Wohlstandsmodelle! Perspektiven lebensdienlichen Wirtschaftens.**
- Die Zeit: Für die Schule (kostenloses Unterrichtsmaterial online): http://zfds.zeit.gaertner.de/Arbeitsblaetter-Sekundarstufe-II2 April 2013: **Wohlstand ohne Wachstum – geht das?** September 2009: **Brauchen wir Wirtschaftswachstum?**
- Südwind-Agentur: **Blickwechsel. Handbuch Globales Lernen. Unterrichtsmaterial für die Sekundarstufe I.** Wien, 2011.
- Verein JOAN ROBINSON, WIDE-Netzwerk Women in Development Europe, Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie/WU Wien (Hginnen.): **Wirtschaft anders denken. Handbuch Feministische Wirtschaftsalphabetisierung.** Wien, 2010.

Links

- Aktion Familienfasttag der kfbö: **http://www.teilen.at/**
- Attac – Bewegung für eine demokratische und sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft: **http://www.attac.at/nc/home.html/**
- Baobab – Bildungsstelle für Globales Lernen: **http://www.baobab.at/**
- Commons – Blog mit Veranstaltungen und Informationen: **http://blog.commons.at/**
- CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation: **http://www.contraste.org/index.php?id=6/**
- FIAN – Menschenrechtsorganisation für das Recht, sich zu ernähren: **http://www.fian.at/**
- Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe: **http://www.globaleverantwortung.at/**
- Initiative Wachstum im Wandel: **http://wachstumimwandel.at/**
- Initiative Zivilgesellschaft: **http://www.initiative-zivilgesellschaft.at/**
- Internationale Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit: **http://leipzig.degrowth.org/**
- JOAN ROBINSON – Verein zur frauengerechten Verteilung ökonomischen Wissens: **http://www.wide-netzwerk.at/index.php/joan-robinson/**
- KOO – Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission: **http://www.koo.at/**
- Kongress für Solidarische Ökonomie 2013: **http://www.solidarische-oekonomie.at/**
- Nyéléni Austria – Österreichisches Forum für Ernährungssouveränität: **http://www.ernährungssouveränität.at/**
- ÖBV-Via Campesina: Österreichische Berg- und Kleinbäuer_Innenvereinigung **http://www.viacampesina.at/cm3/index.php/**
- SOL – Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil: **http://www.nachhaltig.at/**
- Verein für Solidarische Ökonomie: **http://www.solidarische-oekonomie.at/**
- Wege aus der Krise: Allianz für ein Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget: **http://www.wege-aus-der-krise.at/**
- Welthäuser in Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt, St. Pölten und Wien **http://www.welthaus.at/**
- weltumspannend arbeiten – Der entwicklungspolitische Verein im ÖGB **http://www.weltumspannend-arbeiten.at/**
- WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven **http://www.wide-netzwerk.at/**
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie: **http://wupperinst.org/**

Gemeinsam für eine Zukunft in eigener Hand

teilen spendet zukunft



teilen spendet zukunft. aktion familienfasttag

Katholische Frauenbewegung

www.teilen.at/spenden • Spendenkonto: IBAN AT86 6000 0000 0125 0000. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

Impressum: Eigentümerin, Herausgeberin und Verlegerin: Katholisches Frauenwerk in Österreich. Referat Entwicklungspolitik – Aktion Familienfasttag, Spiegelgasse 3, 1010 Wien. Für den Inhalt verantwortlich: Veronika Pernsteiner; Redaktionelle Leitung: Bernadette Goldberger; Redaktion: Bernadette Goldberger, Daniela Klocker, Birgit Mbwisi-Henökl; Layout: Martin Renner, Druck: Druckerei Janetschek.